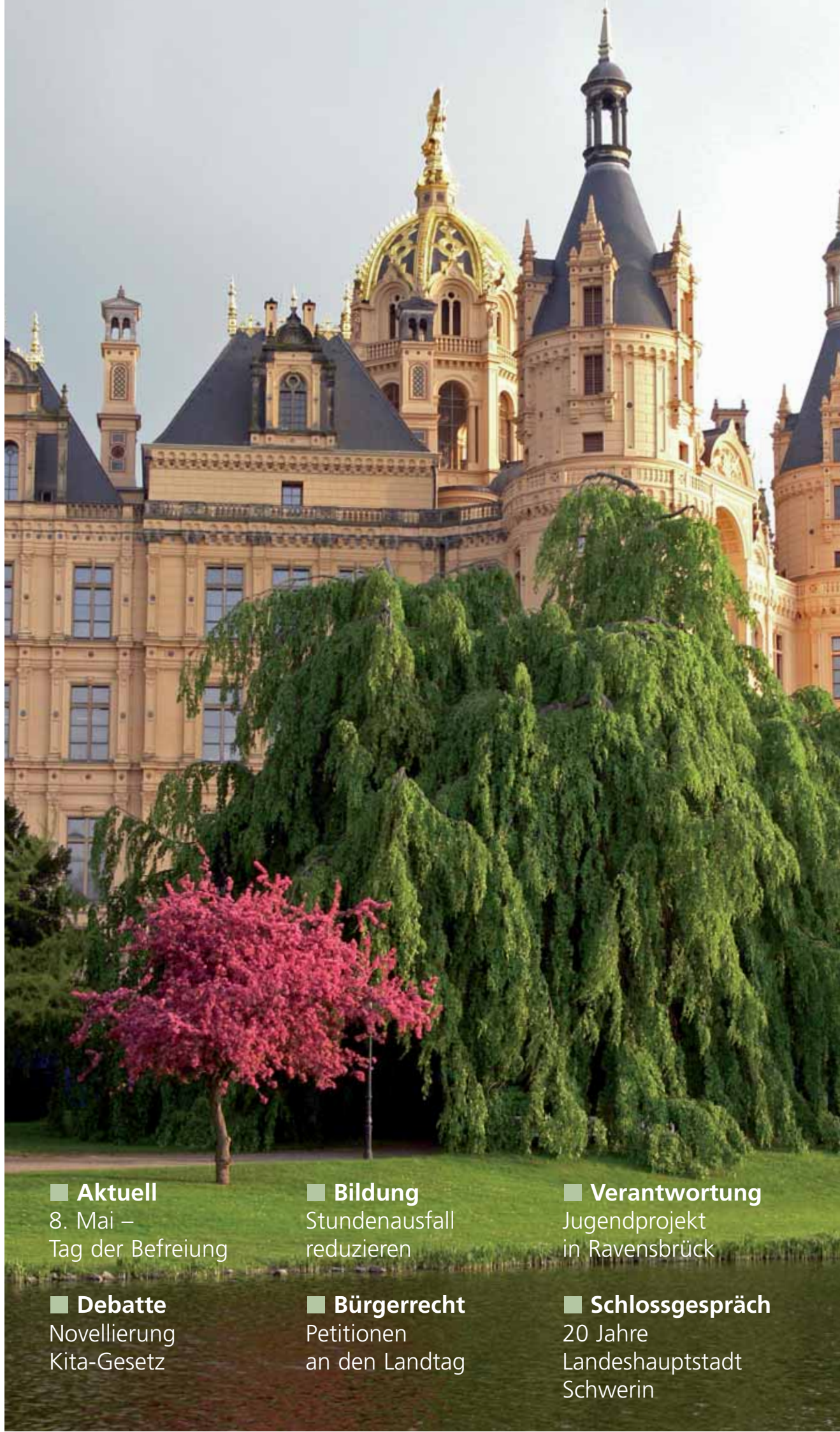


LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern



■ Aktuell

8. Mai –
Tag der Befreiung

■ **Debatte**
Novellierung
Kita-Gesetz

■ Bildung

Stundenausfall
reduzieren

■ **Bürgerrecht**
Petitionen
an den Landtag

■ Verantwortung

Jugendprojekt
in Ravensbrück

■ **Schlossgespräch**
20 Jahre
Landeshauptstadt
Schwerin



9. Juni
4 / 2010

Seite 3

SpezialSchlossgespräch:
20 Jahre Landeshauptstadt Schwerin

Seiten 4 – 5

Aus dem Plenum**Aktuelle Stunde**8. Mai – Tag der Befreiung.
Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg.

Seiten 6 – 11

Weitere ThemenUnterrichtsversorgung in M-V
Aufklärung von Kindesmissbrauch
Europa 2020
Einrichtungenqualitätsgesetz
Zensusausführungsgesetz
Wahlen Landesverfassungsgericht
Bericht Bürgerbeauftragter
Bericht Petitionsausschuss –
Interview mit der Ausschussvorsitzenden

Seiten 12 – 18

Auszüge aus der Debatte:Erste Lesung
Novellierung Kita-Gesetz

Seiten 19 – 20

Aus den Ausschüssen**Innenausschuss**Anhörung Kreisgebietsreform
Europa- und Rechtsausschuss
Anhörung google street view
Auswärtige Sitzung Banzkow
Internationales
AG Zivile Sicherheit
AG Integrierte Maritime Politik

Seiten 21 – 23

PanoramaJugendprojekt in Ravensbrück
Zeitzeugen-Begegnung in Rövershagen
Ehrung Volksbund Kriegsgräberfürsorge

Seite 24

ChronikTitelfoto (Uwe Sinnecker)
Blick von Nordwesten auf das Schweriner
Schloss.**Impressum**Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de**Redaktion:** Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Claudia Richter**Layout:** Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de**Druck:** produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf RecyclingpapierZugunsten des Leseflusses und aus Platzgrün-
den haben wir bei der Bezeichnung von Men-
schengruppen manchmal nur die männliche
Form verwendet. In solchen Fällen ist die weib-
liche Form mitgedacht.Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht in jedem Fall die Meinung des Heraus-
gebers wieder. Alle Abbildungen sind urheber-
rechtlich geschützt. Nachdruck nur mit
schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.Die LandtagsNachrichten können kostenlos
bezogen werden. Bestellungen sind an den
Herausgeber zu richten.

Gute Zeiten für ein steinernes Schloss



Foto: Klaus-Dieter Hentschel

Marlis Tautz hat Journalistik studiert und 1991 in ihrer Heimatstadt Neubrandenburg beim Nordkurier angefangen. Seit 2009 arbeitet sie in der mv:m-Redaktion, die den Mantel für Nordkurier und Schweriner Volkszeitung produziert. Sie ist verheiratet, hat drei Kinder und wohnt in Schwerin.

■ *Wie war das noch beim Fischer und seiner Frau? Als sie in ihrem alten Topfe saß, wünschte sie eine Hütte. Aus der Hütte zog es sie ins steinerne Schloss. Dann wollte sie König werden, Kaiser, schließlich Papst. Als sie aber begehrte, über Sonne und Mond zu herrschen, schickte der zauberkundige Butt sie zurück in ihren alten Topf. Seither gilt Fischers Frau als abschreckendes Beispiel dafür, wohin übergroßes Verlangen führen kann.*

Ein wenig an die alte Kindergeschichte erinnerte die politische Debatte um das neue Kindertagesförderungsgesetz, das Mitte April seinen Weg durchs Parlament antrat, das größte sozialpolitische Vorhaben der Koalition. Nach dem Willen von SPD und CDU sollen künftig pro Jahr 15 Millionen Euro mehr in Kinderkrippe und Kindergarten, in Kindertagespflege und Hort fließen. Auf rund 124 Millionen steigt damit der Landeszuschuss zur Kinderbetreuung.

Doch wer den Kritikern des Gesetzes – vornehmlich Träger von Kindertagesstätten und Oppositionspolitiker – zuhörte, konnte den Eindruck gewinnen, sie trachteten schon nach der Kaiserwürde. Wo hierzulande doch erst das Schloss auf dem Wunschzettel steht. Immerhin. Anderswo ist es noch die Hütte. In Schleswig-Holstein zum Beispiel kämpfen Eltern darum, dass die Landesregierung auf Kürzungen am 60-Millionen-Euro-Etat für die Kita verzichtet. In Niedersachsen fehlen nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes rund 40.000 Plätze zum Ziel, ein Drittel der Kinder bis drei Jahren in der Krippe unterzubringen. In Mecklenburg-Vorpommern sind gut 50 Prozent der Altersgruppe Krippenkinder. Kinderbetreuung ist landauf landab gut möglich. Mittlerweile gibt es über die Kindertagespflege hinaus Kita-Angebote mit extra langen Öffnungszeiten bis hin zur 24-Stunden-Betreuung. Ebenso vielseitig zeigen sich pädagogische Konzepte, der Kreativität der vielen Kita-Träger sei dank.

Natürlich sind durchschnittlich rund 230

Euro Elternbeitrag pro Monat für einen Krippenplatz eine stattliche Summe, gern darf es weniger werden. Ebenso wünschenswert wäre es, wenn aus der Eltern-Entlastung im letzten Kindergarten-Jahr endlich das kostenlose Vorschuljahr oder gleich der kostenlose Kindergarten würde. Auch am Betreuungsschlüssel müsste längst gedreht werden, wie Eltern, Kita-Träger und Gewerkschaften fordern. Pro Erzieherin in der Kinderkrippe vier statt derzeit sechs Mädchen und Jungen, im Kindergarten acht statt 18 und im Hort zwölf statt 22 – das wäre ein großer Wurf. Die Veränderung pro Kopf kostet indes rund sieben Millionen Euro, rechnet das Sozialministerium vor. Für diese Maximalforderung müssten also 154 Millionen Euro her. Wer diese Zahl im Hinterkopf hat, muss sich fragen, warum Kita-Träger und Opposition so vehement darauf dringen, einen Teil der 15 Millionen zur Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation zu verwenden? Dafür reicht es diesmal einfach nicht.

Vielleicht ist beim nächsten Mal mehr möglich. Zwischen den Koalitionspartnern scheint sich ja vor dem Hintergrund der Landtagswahl 2011 so etwas wie ein Wettlauf um die Ehre größter Familienfreundlichkeit zu entspinnen. Kaum dachte die SPD laut über den Betreuungsschlüssel nach, schlug die CDU vor, unbedingt noch in der laufenden Legislaturperiode etwas an der Kita zu verbessern. Nun sind es gegenwärtig die Minister der CDU, die den Eifer bremsen. Der Bitte, in ihren Ressorts Geldreserven zugunsten der Kita-Pläne aufzuspüren, kamen sie nicht nach, obgleich ihre SPD-Kollegen 3,5 Millionen vorgelegt hatten.

Dennoch, die Zeichen stehen günstig, dass Mecklenburg-Vorpommern seinen Ruf als kinder- und familienfreundliches Land polieren und das steinerne Schloss weiter ausbauen kann. Es sollte eben nur nicht nach Sonne und Mond gegriffen werden.

Marlis Tautz

Die beste Lösung für das Land

20 Jahre Landeshauptstadt Schwerin

■ In diesem Jahr feiert die Stadt Schwerin ihren 850. Geburtstag. Dass es 2010 noch ein zweites Stadtjubiläum gibt, nämlich den 20. Jahrestag als Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern, daran erinnerte ein Schlossgespräch, zu dem Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider am 25. Mai eingeladen hatte.

Wie kam es zu der Entscheidung, Schwerin als nur zweitgrößte Stadt des neuen Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern zur Landeshauptstadt zu bestimmen? Würde man mit dem Wissen von heute anders entscheiden? Wo steht Schwerin heute und welche Perspektiven hat die Landeshauptstadt? Für die Diskussion dieser und weiterer Fragen hatte sich Sylvia Bretschneider kompetente Gesprächspartner eingeladen: Dr. Georg Diederich, 1990 Regierungsbevollmächtigter für Schwerin, vehementer Schwerin-Befürworter, Abgeordneter des Landtages in der ersten Wahlperiode und von 1990 bis 1992 Innenminister des Landes. Angelika Gramkow, die dem Parlament von 1991 bis 2008 als Abgeordnete, Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des Finanzausschusses angehörte und 2008 zur Oberbürgermeisterin Schwerins gewählt wurde. Und schließlich Rainer Beckmann, als Abgeordneter der ersten und zweiten Legislaturperiode stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses und heute Vorstandsvorsitzender des Technologie- und Gewerbezentrum e. V. Schwerin/Wismar. „1989 herrschte in Schwerin eine ge-



V.l. Dr. Georg Diederich, Angelika Gramkow, Sylvia Bretschneider, Rainer Beckmann

drückte Stimmung“, erinnert sich Georg Diederich in seinem Rückblick. „Die Hoffnung, jemals wieder den Titel Landeshauptstadt zu erringen, war gegen Null gesunken.“ Denn unverhofft hatte Rostock seinen Hut in den Ring geworfen – unbestritten die größte, bedeutendste Stadt des Landes, Wissenschafts- und Wirtschaftszentrum. Im Land waren die Rostock-Befürworter in der Mehrheit. „Für Schwerin waren eigentlich nur die Schweriner“, so Diederich. Er selbst aber sei davon überzeugt gewesen, dass Schwerin als Hauptstadt die beste Lösung für die Entwicklung des ganzen Landes, die beste Lösung für alle sein würde. Davon musste man die Menschen im Land überzeugen. „Damals haben wir begriffen, was Marktwirtschaft bedeutet“, blickt Diederich zurück. „Man muss für ein Produkt werben. Viele Leute mit politischem Einfluss kannten Schwerin überhaupt nicht!“ Also habe man sie hergeholt, ihnen Schwerin mit seinem Schloss, der Altstadt und der tollen Landschaft gezeigt. Von „Kaffeefahrten“ sprachen Schwerin-Gegner. Die Werbestrategie indes zeigte Wirkung. Die Stimmung kippte, die Waage neigte sich allmählich in Richtung der ehemaligen Herzogresidenz. „Die Debatte über die Landeshauptstadtfrage war die beste Maßnahme der politischen Bildung“, sagt Diederich rückblickend. Tausende Bürger im ganzen Land beteiligten sich an der Diskussion, und als schließlich die gerade gewählten Landtagsabgeordneten in ihrer zweiten Sitzung am 27. Oktober 1990 über die Lan-

deshauptstadt abstimmten, verfolgten die Bürger gespannt die Entscheidung. „Ich bin drei Meter hoch gesprungen in meiner Küche, als die Entscheidung feststand“, erinnert sich Angelika Gramkow. 40 der 66 Abgeordneten stimmten für Schwerin, 25 für Rostock, ein Abgeordneter enthielt sich. Auch Rainer Beckmann gibt zu, „vor Freude in die Luft gegangen zu sein“. Allein aus raumordnerischen Gründen sei Schwerin die richtige Wahl gewesen. Rostock sei nach wie vor als Wissenschafts- und Wirtschaftszentrum unumstritten, Schwerin habe sich zu einem zweiten wichtigen Zentrum des Landes entwickelt. „Ohne Landtag, ohne Landesregierung hätten wir dieses Schloss nie so herrichten können“, fügt Angelika Gramkow hinzu. „100 Millionen Euro sind in die Sanierung des Prunkbaus geflossen“, bestätigt Sylvia Bretschneider. Nicht mal ein Drittel davon für den Landtag, das meiste für die Rettung und Sanierung dieses einmaligen Symbols Mecklenburg-Vorpommerns.

Ein Antrag übrigens in der gleichen Landtagsitzung, die Hauptstadtfrage durch eine Volksabstimmung zu entscheiden, fand keine Mehrheit. „Und doch hat es schließlich hierzu auch noch einen Volksentscheid gegeben“, meint Georg Diederich schmunzelnd. Denn mit der Zustimmung zur Landesverfassung 1994 hätten die Wählerinnen und Wähler ja auch Artikel 20, Absatz 3 gebilligt: Sitz des Landtages ist das Schweriner Schloss.



Dr. Georg Diederich

Landtag gedenkt Kriegsende vor 65 Jahren

Aktuelle Stunde mit Diskussion zu Afghanistan-Einsatz

■ In der Aktuellen Stunde am 28. April hat sich der Landtag mit dem Kriegsende vor 65 Jahren und dem aktuellen Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr beschäftigt. Das Thema „8. Mai – Tag der Befreiung – Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“ hatte die Fraktion DIE LINKE auf die Tagesordnung gesetzt.



Helmut Holter (DIE LINKE)



Dr. Norbert Nieszery (SPD)



Michael Rooff (FDP)

Fotos: Uwe Baleski

„In Mecklenburg-Vorpommern ist dieser Tag zu Recht ein Gedenktag“, sagte Linksfraktionschef **Helmut Holter**. „Das deutsche Volk wurde vom unmenschlichen Hitlerfaschismus befreit, befreit von einem Regime, das die Ermordung von Millionen Menschen industriemäßig geplant und durchgeführt hat, befreit von einem Regime, das politisch Andersdenkende gnadenlos verfolgte.“ DIE LINKE verbindet den Tag aber auch mit der „Aufforderung, sich mit der Entwicklung wie zum Beispiel in Buchenwald, Sachsenhausen oder Fünfeichen nach 1945 auseinanderzusetzen“, sagte Holter. Seine Partei und Fraktion setzten sich seit 20 Jahren intensiv mit der Geschichte nach 1945 auseinander. „Aber die Verbrechen von 1933 bis 1945 lassen sich mit keinem anderen Ereignis des 20. Jahrhunderts, und sei es noch so verurteilenswert, auf eine Stufe stellen“, betonte er.

In der Aktuellen Stunde sollte auch ein Zeichen gegen Rechtsextremismus in der Gegenwart gesetzt werden. Seine Partei fordere ein Verbot der NPD. Den neuen und alten Nazis müsse der Nährboden entzogen werden. Der Fraktionschef betonte: „Der 8. Mai ist zugleich Mahnung und Aufforderung, sich aktiv für Demokratie und Frieden einzusetzen.“

Das geschundene Europa sei befreit worden „vom Joch der nationalsozialistischen Diktatur“, sagte SPD-Fraktionschef **Dr. Norbert Nieszery**. „Nie hat ein Volk durch eigenes Verschulden tiefer in den Trümmern seiner eigenen Geschichte gestanden als das deutsche“, betonte er. Für viele Millionen Menschen sei klar gewesen: Krieg darf es nie wieder geben! Heute sehe er die Gefahr, „dass Krieg in einem schleichenden Prozess wieder zu einem positiven Wert, zur Normalität wird“ und warnte vor Feindbildern, die in der Gegenwart wieder aufgebaut würden. „Der Weg zur allgemeinen Vorverurteilung des Islam ist ein kurzer, aber sehr gefährlicher“, so der SPD-Politiker. Nach langer Zeit würden wieder getötete deutsche Soldaten dazu missbraucht, um aggressiv Kriegsrhetorik zu verbreiten. Es gebe keine „demokratisch legitimierte Entscheidung, dass Deutschland Krieg führt in einem fremden Land“, betonte er. Krieg sei niemals alternativlos. „Niemand hat mir bislang erklärt, ob wirklich alle nicht kriegerischen Mittel ausgeschöpft worden sind, um den Konflikt einzudämmen“, so Nieszery. Ein Scheitern ziviler Aufbauprogramme heiße nicht automatisch, dass Krieg geführt werden müsse.

„Der 8. Mai ist für uns Liberale ein Tag der Befreiung, er ist für uns aber vor allem auch ein Tag der Freiheit und ein Tag der Demokratie“, sagte **Michael Rooff**, Vorsitzender der FDP-Fraktion. Der Tag erinnere an den unendlichen Schmerz und das unendliche Leid, was Deutsche in Europa verbreitet haben, gleichzeitig aber auch an die Chancen der Befreiung. Seine Partei setze sich nicht als Antwort auf den 8. Mai für ein NPD-Verbot ein, sondern dafür, mit den Mitteln der Demokratie dafür zu werben, dass es keinen Bürger in der Bundesrepublik Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern gibt, „der diesen Menschen auch nur eine Stimme gibt“. Der 8. Mai müsse auch Anlass sein, an 1989 zu erinnern – das Jahr, in dem es „eine zweite Befreiung“ für die Einwohner im Osten Deutschlands gegeben habe, sagte Rooff weiter. Das Gedenken am 8. Mai zur Diskussion über den Afghanistan-Krieg zu nutzen, finde er unangemessen und „zutiefst abwehrend“. Es sei pietätlos, sich am Tag der Trauerfeier für die jüngst getöteten Soldaten gegen den Einsatz auszusprechen und den Soldaten keine Ehrerbietung zu erweisen.

Aktuelle Stunde

nennt man eine Kurzdebatte über Angelegenheiten von allgemeinem, aktuellem Interesse. Das Antragsrecht für das Thema wechselt zwischen den Fraktionen in der Reihenfolge ihres Stärkeverhältnisses. Gegenstand der Aktuellen Stunde können Angelegenheiten aus dem Bereich der Landespolitik und Äußerungen von Landespolitikern oder Landesbediensteten von besonderer politischer Bedeutung sein. Die Dauer der Kurzdebatte ist auf eine Stunde beschränkt. Die Redezeit wird entsprechend dem Stärkeverhältnis auf die Fraktionen aufgeteilt, wobei jeder Redner nicht länger als 10 Minuten sprechen soll. Die von den Mitgliedern der Landesregierung in Anspruch genommene Redezeit, die 15 Minuten nicht überschreiten sollte, bleibt unberücksichtigt, sodass Aktuelle Stunden auch länger als 60 Minuten dauern können. (vgl. § 66 Geschäftsordnung des Landtages M-V)



Tino Müller (NPD)



Dr. Armin Jäger (CDU)



Peter Ritter (DIE LINKE)

Für **Tino Müller** (NPD) ist das Thema der Aktuellen Stunde Thema als reine Provokation auf die Tagesordnung gesetzt worden. Das Wort „Faschismus“ sei ein Kampfbegriff aus einer kommunistischen Losung. Der Staat werde über alles gestellt. Alles müsse sich „dem Apparat“ unterordnen und die Bedürfnisse „des Staatsvolkes“ hätten dahinter zurückzutreten. „Heimattreue Deutsche wie wir stellen hingegen das Volk, also unser deutsches Volk, als gewachsene Gemeinschaft an die erste Stelle und nicht irgendeinen Staatsapparat“, sagte der Redner. Bereits 1918 seien den Deutschen „riesige Gebiete gestohlen“ worden. Bis 1933 hätten „Millionen Landsleute aus ihrer jahrhundertalten Heimat fliehen“ müssen. Deutschland trage keine Alleinschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Die „Reichsregierung“ habe zahlreiche Friedensinitiativen unternommen. Zudem würden Befreier nicht vergewaltigen und „zivile Städte“ dem Erdboden gleich machen. Der Tag werde kommen, an dem die „Unterdrückung der geschichtlichen Wahrheit“ nicht mehr möglich sein werde.

Der CDU-Abgeordnete **Dr. Armin Jäger** erinnerte daran, dass 2002 die Erklärung des 8. Mai zum offiziellen Gedenktag in Mecklenburg-Vorpommern nicht unumstritten gewesen sei. Kein anderes Bundesland sei diesem Schritt gefolgt, stellte er fest. Das könne man so oder so sehen. Wichtig sei, dass für die Demokraten und Patrioten in diesem Lande der 8. Mai nicht nur das Datum der endgültigen, totalen Niederlage Deutschlands war, sondern zugleich der Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus. Im Westen Deutschlands habe der 8. Mai 1945 den Weg zum Grundgesetz und zur parlamentarischen Demokratie geebnet. Aber es sei auch eine geschichtliche Wahrheit, dass es ein freies, selbst bestimmtes Leben nur für einen Teil unseres Vaterlandes gegeben habe. „Wir müssen auch den Opfern des Stalinismus Gerechtigkeit widerfahren lassen“, betonte Jäger. „Und dennoch, es war der 8. Mai 1945, an dem die nationalsozialistische Gewaltherrschaft über Deutschland und große Teile Europas endgültig endete.“ Die Ausführungen des NPD-Abgeordneten Tino Müller wies Jäger „als Geschichtsfälschung“ zurück.

„Nie wieder Faschismus!“ sei keine kommunistische Losung, sondern eine „Forderung derer, die die KZ-Hölle Buchenwald überlebt“ haben, stellte **Peter Ritter** (DIE LINKE) klar. „Nie wieder Krieg“ sei eine aktuelle Forderung. „Die Bundeswehr ist eben nicht im Manöver oder im Feldlager in Afghanistan“, betonte er. Dort sei ein Kriegsschauplatz, auf dem Bundeswehrsoldaten ihr Leben ließen. Er dankte Nieszery für dessen Ausführungen zu Afghanistan.

Anmerkung

Die sehr emotional geführte Debatte mit vielen Zwischenrufen und Kommentaren aus dem Plenum finden Sie im vollen Wortlaut auf der Internetseite des Landtages.

www.Landtag-mv.de

(Auszüge aus Plenarprotokollen)

Kindesmissbrauch

Abgeordnete wollen Aufklärung für Vergangenheit und Gegenwart

■ Zur Aufklärung von Kindesmissbrauch in Vergangenheit und Gegenwart in der Region Mecklenburg-Vorpommern hat die FDP-Fraktion im Landtag einen Runden Tisch und eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe gefordert.

Die Landesregierung müsse die Aufklärung, die strafrechtliche Würdigung und die historische Aufarbeitung vorantreiben, sagte der parlamentarische Fraktionsgeschäftsführer der FDP, **Gino Leonhard**, als er den Antrag seiner Fraktion am 30. April ins Parlament einbrachte. Die Arbeitsgruppe solle sich auch mit der Situation von Kindern und Jugendlichen in Kinderheimen und ehemaligen Jugendwerkhöfen vor 1989 befassen. In dem Gebiet des heutigen Landes Mecklenburg-Vorpommern habe es zu DDR-Zeiten 37 Kinderheime, darunter neun Jugendwerkhöfe und zwei Spezialeinrichtungen, gegeben. Oft seien die Opfer erst nach Jahrzehnten bereit, über Misshandlungen zu sprechen. Der Runde Tisch unter Federführung des Justizministeriums solle Erfahrungen von Gewalt- und Missbrauchsopfern aufarbeiten, Betroffenen Hilfen zur individuellen Bewältigung anbieten und neue Gewalt vermeiden helfen.

Nach den Worten von Justizministerin **Uta-Maria Kuder** sollen kriminelle Geschehnisse in Kinderheimen und Jugendwerkhöfen der DDR am Runden Tisch der Bundesregierung zur Sprache kommen. Sie halte es für wichtig, das Thema Missbrauch in den ostdeutschen Ländern nicht isoliert zu diskutieren. Jedes Opfer habe das gleiche Recht, Unterschiede in Ost und West sollte es nicht geben. Sie habe gerade eine Anlaufstelle für Missbrauchsopfer staatlicher Einrichtungen für den Bereich Mecklenburg-Vorpommern bei der Opferhilfe Rostock eingerichtet. Innerhalb von zwei Tagen hätten sich bereits zwölf Opfer gemeldet, sagte die Ministerin. Für die Zukunft gehe es aber nicht nur um die Bekämpfung des Missbrauchs in Einrichtungen, sondern vor allem um den in Familien. Dort seien die meisten Fälle zu beklagen.

Sozialministerin **Manuela Schwesig**, die für Mecklenburg-Vorpommern in Berlin am Runden Tisch mit rund 60 Vertretern von Bund, Ländern und Institutionen sitzt, wies ebenfalls auf Beratungsstellen im Land hin. Ihr Haus gebe die Mittel dafür an das Justizministerium weiter, weil eine zentrale Verteilung den Opfern von Gewalt zugute komme. Die Aufmerksamkeit, die diesem Thema jetzt geschenkt werde, müsse genutzt werden, um aufzuklären. Dies sei man auch den Kindern und Jugendlichen von heute schuldig. Die rechtspolitische Sprecherin der Linken, **Barbara Borchardt**, betonte, Missbrauch von Kindern finde immer da statt, wo geschlossene autoritäre Strukturen bestünden, die sich einer demokratischen Kontrolle entziehen. Drei Viertel aller Missbrauchsfälle an Kindern geschehen Borchardt zufolge im Familien-, Bekannten- oder Verwandtenkreis. Ihre Fraktion werde einer Beratung des Antrages im Rechts- und im Sozialausschuss zustimmen.

Die abscheulichen Verbrechen müssten **Reinhard Dankert**, justizpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, zufolge „rückhaltlos“ aufgeklärt werden. Man müsse in Mecklenburg-Vorpommern über Heime in der DDR reden, dürfe aber die römisch-katholische Kirche nicht ausblenden. Der Europa- und Rechtsausschuss werde sich auch in einer Anhörung mit dem Thema beschäftigen.

Die „nationale Opposition“ fordere seit Jahren ein „Optimum an Kinderschutz“, sagte der NPD-Abgeordnete **Tino Müller**. Seine Partei habe mehrfach eine Datenbank für Kinderschänder und Sexualstraftäter angemahnt.

Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Dr. Armin Jäger**, meinte: „Wir brauchen keine interministerielle Arbeitsgruppe, wir brauchen diese Landesregierung nicht zum Jagen zu tragen.“ Der Runde Tisch in Berlin sei bereits eingerichtet. Der FDP-Antrag solle nicht abgelehnt – aber dort beraten werden, wo er hingehört: in den Ausschüssen.

Die Parlamentarische Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung, **Dr. Margret Seemann**, erinnerte in Bezug auf die Rede des NPD-Abgeordneten Tino Müller an die Verbrechen der Nationalsozialisten an Kindern, beispielsweise in Auschwitz, und warf der NPD vor, in der Tradition „dieser Bestien“ zu stehen. Deshalb sei es „unerträglich, wenn Sie nur das Wort Kind erwähnen“, sagte sie in Richtung NPD-Fraktion. Margret Seemann wies darauf hin, dass es derzeit fünf Beratungsstellen für Opfer sexueller Gewalt im Land gebe. Die meisten Opfer nehmen der SPD-Abgeordneten zufolge im Alter zwischen 18 und 40 Jahren Kontakt zu den Stellen auf, obwohl der Tatzeitpunkt weit vor dem 18. Lebensjahr lag. Wichtig sei es, Erzieher, Lehrer, Mitarbeiter von Einrichtungen, Kirchen und Vereinen sowie Eltern zu schulen, um Anzeichen von Missbrauch frühzeitig zu erkennen.

Nach der Debatte lehnten die Abgeordneten einen NPD-Änderungsantrag ab, in dem unter anderem die Einführung eines bundesweiten Zentralregisters für Sexualstraftäter gefordert wurde. Der FDP-Antrag wurde einstimmig zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

[Drucksache 5/3386](#)

[Änderungsantrag der NPD 5/3435](#)



Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Kinderhilfe, Georg Ehrmann (l.), übergab im Mai 2009 5.000 Schlüsselanhänger mit der Kinderschutzhotline an Sozialministerin Manuela Schwesig und den Landesvorsitzenden der Deutschen Kinderhilfe Rainer Becker.

Foto: Deutsche Kinderhilfe



Foto: Jens Büttner

Unterrichtsausfall

Landesregierung legt Bericht vor

■ **Bildungsminister Henry Tesch will mit der Einführung eines Schulbudgets für Vertretungsstunden künftig den Unterrichtsausfall minimieren. Vom Schuljahr 2010/11 an sollen Schulen 75 Prozent der Landesmittel für Vertretungsunterricht eigenverantwortlich einsetzen, kündigte der Minister am 28. April im Landtag an. Die verbleibenden 25 Prozent sollen die Schulämter erhalten, um regulierend eingreifen zu können.**

Einem Bericht der Landesregierung zufolge, den Bildungsminister **Henry Tesch** vorstellte, sind im Jahr 2008/09 etwa 2,3 Prozent der Stunden an allgemeinbildenden Schulen ausgefallen und 5,9 Prozent an Berufsschulen. Damit sei der Unterrichtsausfall fast auf dem „sehr niedrigen Niveau“ des Schuljahres 2007/08 gehalten worden. Dem Bericht der Landesregierung zufolge fielen an Berufsschulen 66,2 Prozent und an allgemeinbildenden Schulen 55,9 Prozent der Vertretungsstunden wegen Erkrankung von Lehrern an. Der Minister will mit Schulentwicklungsberatern für Lehrergesundheit, Lehrergesundheitsdagen und betriebsärztlicher Beratung dagegen vorgehen.

Nach Ansicht des bildungspolitischen Sprechers der Linksfaktion, **Andreas Bluhm**, hat sich die Unterrichtsversorgung nicht grundlegend verbessert. Einer der Hauptgründe für den leicht angestiegenen Unterrichtsausfall liege in der höheren Krankenrate der Lehrer. Dem könne man unter anderem mit Abminderungsstunden für zusätzliche Arbeit, altersgerechtes Ausscheiden aus dem Schuldienst statt „Beschäftigung, bis es nicht mehr geht“ und weniger Pflichtstunden entgegenwirken. „Der Nachteil all dieser Maßnahmen ist, dass sie Geld kosten“, sagte Bluhm. „Geld, das die Landesregierung nicht ausgeben will.“ Er beantragte, die vorliegende Unterrichtsrichtlinie zurückzuweisen, weil die Landesregierung den Termin für die Berichterstattung überschritten und einen Beschluss des Parlaments nicht eingehalten habe.

„Jede ausgefallene Unterrichtsstunde ist eine zu viel“, sagte der bildungspolitische Sprecher der CDU, **Marc Reinhardt**. Eine detaillierte Erfassung der Daten in kürzeren Intervallen sei wichtig, unterstrich er. Mit der vom Minister geplanten Einführung des Budgets könnten Schulen in die Lage versetzt werden, schneller auf Ausfälle zu reagieren. Vor allem an Berufsschulen liege das Durchschnittsalter der Lehrkräfte sehr hoch und sei ein Grund für Stundenausfall. Die CDU sei bereit, gemeinsam mit dem Koalitionspartner nach Lösungen für die Probleme an den Schulen zu suchen.

Birger Lüssow (NPD) sprach von einer „Veralterung des Lehrkörpers“. Die Unterrichtsrichtlinie zeige, dass die Belastung und

damit auch der Krankenstand bei Lehrern steige. Diese seien inzwischen auch Sozialarbeiter, Psychotherapeuten und Integrationshelfer in Personalunion. Die „Altparteien“, wie er sagte, würden nur die Symptome behandeln, nicht aber die Ursachen bekämpfen.

An Berufsschulen herrsche Lehrermangel, sagte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, **Hans Kreher**. Die Lehrer seien im Durchschnitt 50,2 Jahre alt. Das Land bilde keine eigenen Berufsschullehrer aus und unternehme keine Anstrengungen, solche Lehrer ins Land zu holen. „Es geht schon lange nicht mehr um Qualität, sondern nur noch um Durchwursteln“, kritisierte Kreher.

Seine Fraktion brachte am 29. April ebenfalls einen Antrag zum Thema Schule in den Landtag ein. Darin forderten die Liberalen, den Lehrernachwuchs in Mecklenburg-Vorpommern zu stärken. Kreher kritisierte, dass junge Absolventen, die das Land dringend brauche, „in die Wüste geschickt“ würden. Gebraucht werde ein langfristiges Lehrer-Personalmanagement. Der Antrag wurde einschließlich zweier Änderungsanträge von FDP und Linke abgelehnt. Die Unterrichtsrichtlinie der Landesregierung vom Vortag war mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen für erledigt erklärt worden. Die Forderung der FDP, über den Bericht im Bildungsausschuss zu beraten, fand keine Mehrheit.

[Unterrichtung der Landesregierung](#)

[Drucksache 5/3369](#)

[Antrag der FDP-Fraktion](#)

[Drucksache 5/3340](#)

Weitere Beschlüsse des Landtages

Verfassungsrichter

■ Der Landtag hat am 28. April den Rechtsanwalt **Mathias Wähler** zum Mitglied des Landesverfassungsgerichts gewählt. Mit 46 Ja-Stimmen kam der von der FDP vorgeschlagene Kandidat knapp über die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit von 45 Stimmen. Im Ausschuss, der über die Personalie beraten hatte, hatten Linke und NPD gegen Wähler gestimmt. Der Greifswalder Rechtsanwalt wird Nachfolger von Professor Maximilian Wallerath, der nach Ablauf seiner zwölfjährigen Amtszeit aus dem Verfassungsgericht ausschied. Zum Stellvertreter von Wähler bestimmte das Parlament den Präsidenten des Schweriner Verwaltungsgerichts, **Dr. Joachim Kronisch**. Er folgt Matthias Lipsky nach, dessen Amtszeit ebenfalls zu Ende ist.

[Drucksache 5/3406](#)



v.r. Mathias Wähler, Dr. Joachim Kronisch, Landtagsdirektor Armin Tebben und Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider.

Foto: Cornelius Kettler

Jahresbericht 2009 des Bürgerbeauftragten

■ Im Konflikt mit Behörden haben im vergangenen Jahr mehr als 1400 Einwohner des Landes den Bürgerbeauftragten Mecklenburg-Vorpommerns um Hilfe gebeten. In etwa 40 Prozent der Fälle sei es dabei um soziale Probleme oder die Anliegen von Behinderten gegangen, sagte der Bürgerbeauftragte **Bernd Schubert**, der seinen Jahresbericht am 28. April dem Landtag vorstellte. Ein neues Thema seien ehemalige DDR-Heimkinder gewesen. Nach einem Verfassungsgerichtsurteil zur Rehabilitierung der Insassen des Jugendwerkhofs Torgau (Sachsen) hätten sich bei ihm unerwartet viele Menschen mit ähnlichen Schicksalen und der Bitte um Beratung gemeldet. Insgesamt seien mehr als zwei Drittel aller Anfragen im persönlichen Gespräch oder telefonisch an ihn herangetragen worden. Der Bericht wird in den Ausschüssen beraten, bevor das Parlament abschließend darüber entscheidet.

[Drucksache 5/3354](#)

Volkszählung

■ Der Landtag hat am 28. April das so genannte Zensusausführungsgesetz verabschiedet, das eine vom Bund für 2011 geplante Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung im Land ermöglichen soll. Neben den bundesrechtlichen Regelungen bedürfe es

eines Landesgesetzes, weil damit die örtlichen Gegebenheiten besser berücksichtigt werden können, hieß es zur Begründung. Insbesondere sollen die Länder Erhebungsstellen bestimmen und Näheres zur Organisation festlegen. Dem Gesetz zufolge werden unter anderem die kreisfreien Städte sowie die amtsfreien Gemeinden mit mindestens 10.000 Einwohnern zur örtlichen Durchführung der Zählung verpflichtet.

[Drucksache 5/3009](#)

[Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses](#)

[Drucksache 5/3408](#)

Gesetz zum Heimrecht

■ Der Landtag beschloss am 28. April das so genannte Einrichtungenqualitätsgesetz. Dieses Gesetz ersetzt das Heimgesetz des Bundes, da mit der Föderalismusreform die Gesetzgebungskompetenz für das Heimrecht auf die Länder übergegangen ist. Es regelt sowohl die Anforderungen an die Träger von Einrichtungen als auch die ordnungsrechtlichen Bestimmungen. Gleichzeitig werden die Anforderungen an neu entstehende Wohnformen festgelegt, um diese insbesondere für ältere, pflege- und betreuungsbedürftige Menschen zu ermöglichen.

[Annahme des Gesetzentwurfs entsprechend der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses](#)

[Drucksache 5/3409](#)

Immunität aufgehoben

■ Am 28. April hob der Landtag die Immunität des NPD-Landtagsabgeordneten **Birger Lüssow** auf und folgte damit der Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses. Auch die Abgeordneten der NPD stimmten für die Aufhebung der Immunität Lüssows. Mit dem Beschluss ist der Weg frei für einen Strafbefehl. Medienberichten zufolge war Lüssow im vergangenen Jahr bei einer Trunkenheitsfahrt von der Polizei gestellt worden.

[Drucksache 5/3371](#)

Sitzungsausschluss

■ Wegen beleidigender Äußerungen gegenüber dem Bildungsminister wurde der NPD-Fraktionsvorsitzende **Udo Pastörs** von der Plenarsitzung am 30. April sowie rückwirkend auch von der Sitzung am 29. April ausgeschlossen.

Volksverhetzung

Am 6. Mai wurde der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion, **Udo Pastörs**, in Saarbrücken wegen Volksverhetzung zu einer Haftstrafe von zehn Monaten auf Bewährung sowie 6000 Euro Geldstrafe verurteilt. Das Amtsgericht Saarbrücken sah es als erwiesen an, dass Pastörs bei einer NPD-Veranstaltung in Saarbrücken am Aschermittwoch 2009 gegen Juden und türkischstämmige Menschen gehetzt hatte.

Europa 2020

Landtag will Kompetenzen der Länder stärken

■ Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern sieht durch das EU-Strategie-Papier „Europa 2020“ wesentliche Kompetenzen der Länder berührt. Der Europa- und Rechtsausschuss des Parlaments soll daher eine Stellungnahme erarbeiten und diese den zuständigen Gremien in Berlin und Brüssel zuleiten. Das beschloss der Landtag auf seiner Sitzung am 29. April.

Das Papier sei ein Entwurf für die Nachfolge der Lissabon-Strategie, mit dem der Rahmen für die europäische Zusammenarbeit in den kommenden Jahren festgelegt werden soll, erklärte **Detlef Müller** (SPD) bei der Begründung des Koalitions-Antrages. Die Chance zu einer Stellungnahme müsse wahrgenommen werden. Beispielsweise dürfe die EU den Mitgliedstaaten keine verbindlichen nationalen Ziele vorschreiben.

Der Eingriff betrifft nach Ansicht von Ministerpräsident **Erwin Sellering** vor allem die Bildungspolitik. Den Redebeitrag trug wegen einer Erkrankung des Regierungschefs Finanzministerin Heike Polzin vor. Sellering lehnte darin Vorgaben, die „schematisch übergestülpt“ würden, ab. Es dürften auch keine Prozesse in Gang kommen, die schleichend die Verantwortung der Staaten und Länder aushöhlen. „Die Strategie Europa 2020 muss die Mitgliedstaaten in ihrer Verantwortung stärken, nicht schwächen“, hieß es. Kritik übte der Ministerpräsident auch an dem „hektischen“ Beratungsverfahren über das Strategie-Papier. Der Bundesrat und die Länder hätten nicht hinreichend Zeit gehabt, die wichtige Vorlage der EU-Kommission zu beraten. Die EU plant, dass die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten die Strategie auf der Tagung des Europäischen Rates im Juni verabschieden. Mecklenburg-Vorpommern werde ab 2014 voraussichtlich nicht mehr zu den Regionen zählen, die die höchste Förderpriorität genießen. Das dürfte nicht zu abrupten Abbrüchen bei den Fördermitteln führen. Das Land kämpfe um einen „sanften und verlässlichen“ Übergang, denn Mecklenburg-Vorpommern



Foto: Georg Sträker

Europaausschuss übergab Stellungnahme

Die Europäische Kommission hat im März 2010 ihre Strategie „Europa 2020“ vorgestellt, in deren Zentrum die Überwindung der Krise und die Vorbereitung der EU-Wirtschaft auf das nächste Jahrzehnt steht. Das Konzept soll im Juni vom Rat der Europäischen Union beschlossen werden. Am 29. April hatte der Landtag den Europa- und Rechtsausschuss beauftragt, unter Beteiligung der Fachausschüsse hierzu eine Stellungnahme zu erarbeiten. Dieses Verfahren – ein Ausschuss beschließt für den Landtag – hat Premieriencharakter. Es ist dem immensen Zeitdruck geschuldet, den die europäischen Gremien durch ihre Zeitvorgaben verursacht haben. Mit Beschluss vom 21. Mai hat der Europa- und Rechtsausschuss den Auftrag erfüllt, die Voten der Fachausschüsse haben Eingang gefunden in die Stellungnahme des Landtages. Ausschussvorsitzender Detlef Müller (r.) übergab im Rahmen einer Ausschusssitzung am 26. Mai die Unterlagen dem spanischen Botschafter, S.E. Herrn Rafael Dezcallar de Mazarredo (l.). Spanien hat derzeit den Vorsitz des EU-Rates inne. Darüber hinaus hat die Präsidentin des Landtages die Stellungnahme den zuständigen deutschen und europäischen Gremien zugeleitet.

brauche noch Unterstützung. Vor allem aber bei der Agrarförderung werde es kein „Weiter so“ geben. Er betonte aber auch, dass Mecklenburg-Vorpommern ein Teil Europas sei und keine Tendenzen zur Re-Nationalisierung bedienen werde. „Wir wissen, was wir an Europa haben“, hieß es in der Rede weiter.

Die europapolitische Sprecherin der Linken, **Barbara Borchardt**, bemerkte, größter Schwachpunkt des EU-Papiers sei, dass es kein Wort zur Sicherung des Friedens, zur Außen- und Sicherheitspolitik enthalte. Weitere Kritikpunkte seien die nur symbolische Anerkennung der Armutssituation und fehlende Aussagen zu gesetzlichen Mindestlöhnen oder zum Zugang zu Gesundheits- und Pflegeleistungen. Wenn die Europäische Kommission ernsthaft an einem Dialog zum Strategie-Papier interessiert wäre, „dann würde dieser Prozess nicht in einem Schnelldurchlauf“ organisiert werden, sagte die Abgeordnete der Linken.

Der CDU-Abgeordnete **Dr. Henning von Storch** wies darauf hin, dass die Bundesländer in Deutschland im Gegensatz zu einem Zentralstaat wie Frankreich mehr Befugnisse hätten. Das müsse deutlich gemacht werden. „Dennoch werden wir uns immer mehr mit Europa beschäftigen müssen“, sagte er.

NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** rief auf zum „Kampf dem EU-Unrecht“ und forderte Deutschland auf, die Europäische Union zu verlassen.

Gino Leonhard, europapolitischer Sprecher der FDP, betonte, die Kritik aus den Ländern müsse ernst genommen und jeder Mangel aufgedeckt werden. In Kernbereichen sei das Strategie-Papier aber ein guter Anfang.

Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und Linken angenommen.

[Drucksache 5/3383](#)

Massenbeschwerden nahmen zu

Petitionsausschuss legt Bericht für 2009 vor

■ Immer mehr Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern richten ihre Beschwerden oder Bitten gemeinsam an den Petitionsausschuss des Landtages. So haben im Jahr 2009 mehr als 21.000 Menschen den Erhalt von Parchim als Kreisstadt gefordert. Das geht aus dem Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses hervor, der am 28. April im Landtag beraten wurde. Rund 14.000 Bürger wandten sich gegen die geplante Einrichtung eines Hafens am Ostseestrand bei Prerow. Insgesamt haben dem Bericht zufolge im Vorjahr ca. 37.000 Menschen ihre Petitionen an den Ausschuss geschickt, 70 Prozent mehr als 2008. Die Vorsitzende des Petitionsausschusses, Barbara Borchardt, im Interview.



Barbara Borchardt

Laut Tätigkeitsbericht gab es 2009 trotz der gestiegenen Anzahl von Hilfe suchenden Bürgern weniger Petitionen als im Jahr zuvor. Worauf führen Sie das zurück?

2008 haben sich mit einer Massenpetition Bürger in 418 Einzelschreiben über kommunale Beitragsbescheide beschwert. Eine Massenpetition dieses Umfangs gab es 2009 nicht. Das erklärt den statistischen Rückgang bei den Einzelpetitionen.

In unserem Rechtsstaat hat jeder die Möglichkeit, Verwaltungsentscheidungen auf dem Rechtsweg überprüfen zu lassen. Welche Bedeutung hat da noch der Petitionsausschuss?

Das Petitionsrecht wird von den Petenten nicht selten als letzte Möglichkeit angesehen, Gerechtigkeit zu erfahren. So können sich die Bürgerinnen und Bürger unabhängig von starren Fristen, förmlichen Rechtsbehelfen und langwierigen Gerichtsverfahren und ohne finanzielles Risiko jederzeit an den Petitionsausschuss, mithin die von ihnen gewählten Abgeordneten, wenden. In vielen Fällen haben sie zuvor schon versucht, mit den Behörden zu reden, und lediglich Antworten in Form einer Kopie des jeweiligen Gesetzes inklusive langer, schwer nachvollziehbarer Paragraphenkettchen erhalten. Zudem sind die Sozialgerichte in Mecklenburg-Vorpommern derzeit überlastet, was zwangsläufig langjäh-

rige Gerichtsverfahren mit sich bringt. Petitionen aber, in denen zum Beispiel ALG-II-Empfänger die Berechnung der angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung bemängeln, sind stets eilbedürftig. Es geht für die Petentinnen und Petenten in diesen Fällen schlichtweg um das sprichwörtliche „Dach über dem Kopf“. Hier hat der Petitionsausschuss über das Sozialministerium eine nochmalige und tiefgründige Prüfung der Bescheide durch die ARGen veranlasst. Wenn die Prüfung auch nicht in jedem Fall das von den Petenten begehrte Ergebnis hervorgebracht hat, so wurden doch nicht selten einfache Berechnungsfehler erkannt und zugunsten der Betroffenen korrigiert. Auch insofern erwies sich das Petitionsrecht als ein für die Bürgerinnen und Bürger wirksames zusätzliches Rechtsinstrument.

Wie erfolgreich ist der Petitionsausschuss für die Bürgerinnen und Bürger tätig?

Der Petitionsausschuss hat in 19 Prozent der Fälle eine Lösung im Sinne der Petenten und in weiteren 14 Prozent eine Kompromisslösung für die von den Petenten vorgetragene Problematik erreichen können. Wenn man bedenkt, dass vor dem Einreichen der Petition gar nichts ging, sind das beachtliche Zahlen.

Während der Landtagssitzung im April wurde neben dem Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses auch der des Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern von den Parlamentariern diskutiert. Warum gibt es zwei Anlaufpunkte für Bürgerbeschwerden?

Zunächst einmal ist festzustellen, dass sowohl der Petitionsausschuss als auch der Bürgerbeauftragte in unserer Landesverfassung verankert sind. Zudem setzen sich beide Institutionen mit all ihren Möglichkeiten für die Anliegen der Petentinnen und Petenten ein. Um eine Doppelbearbeitung zu vermeiden, tauschen wir uns regelmäßig über die eingegangenen Petitionen aus. Ein deutlicher Unterschied besteht in der Art und Weise des Einreichens einer Petition. Während es sich beim Petitionsausschuss um ein schriftliches Eingabeverfahren handelt, können die Bürgerinnen und Bürger ihr Anliegen dem Bürgerbeauftragten auch mündlich mitteilen. So ist gesichert, dass sich auch Bürger, die vor dem Verfassen eines Briefes zurückschrecken, an eine kompetente Stelle wenden können. Zur weiteren Erleichterung für die Menschen führt der Bürgerbeauftragte Bürgersprechstunden vor Ort durch.

Darüber hinaus ist die grundsätzliche Ausrichtung unterschiedlich. Der Bürgerbeauftragte bearbeitet und bewertet die Eingaben allein mit seinem Mitarbeiterstab. Der Petitionsausschuss hingegen ist ein Gremium des Landtages, in dem Abgeordnete aller Fraktionen mitarbeiten. Dies hat für die Petenten den Vor-

teil, dass ihr Anliegen aus verschiedenen politischen Richtungen geprüft und bewertet wird. Zudem erfahren auf diese Weise die Abgeordneten direkt vom Bürger, welche Auswirkungen die vom Landtag beschlossenen Gesetze haben. Gegebenenfalls können wir erforderliche Gesetzesänderungen anstoßen.

Die neu geschaffene Möglichkeit, Petitionen auf elektronischem Weg einzureichen, bezeichnen Sie als wichtige Stärkung des Petitionsrechts.

Im Januar 2010 hat der Landtag seine Geschäftsordnung u. a. dahin gehend geändert, dass nunmehr die bei Petitionen geforderte Schriftform durch die elektronische Form ersetzt werden kann. Bei elektronisch übermittelten Petitionen ist die Schriftform gewahrt, wenn der Urheber sowie dessen vollständige Postanschrift ersichtlich sind und das im Internet zur Verfügung gestellte Formular verwendet und vollständig ausgefüllt wird. Damit ist die Forderung des Ausschusses, die rechtlichen Grundlagen den technischen Möglichkeiten anzupassen, umgesetzt worden. Wir hoffen, mit dieser Neuerung vor allem den Menschen, die vorwiegend das Internet als Kommunikationsplattform nutzen, den Zugang zu ihrem Petitionsrecht zu erleichtern.

*Tätigkeitsbericht 2009 des Petitionsausschusses
Drucksache 5/3319*

Aus der Landesverfassung

Petitionsrecht

Jeder hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden. In angemessener Frist ist ein begründeter Bescheid zu erteilen. (Artikel 10)

Petitionsausschuss

(1) Zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger bestellt der Landtag den Petitionsausschuss. Dieser erörtert die Berichte der Beauftragten des Landtages. (2) Die Landesregierung und die der Aufsicht des Landes unterstehenden Träger öffentlicher Verwaltung sind verpflichtet, auf Verlangen eines Viertels der Mitglieder des Petitionsausschusses die zur Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlichen Akten der ihnen unterstehenden Behörden vorzulegen, jederzeit Zutritt zu den von ihnen verwalteten öffentlichen Einrichtungen zu gestatten, alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Amtshilfe zu leisten. Die gleiche Verpflichtung besteht gegenüber vom Ausschuss beauftragten Ausschussmitgliedern. (Artikel 35)



Der Petitionsausschuss des Landtages. v.l. Dr. Klaus-Michael Körner (SPD), Irene Müller (DIE LINKE), Tino Müller (NPD), Angelika Peters (SPD), André Specht (CDU), Jörg Vierkant (CDU), Beate Schlupp (CDU), Norbert Baunach (SPD), Vorsitzende Barbara Borchardt (DIE LINKE), Toralf Schnur (FDP).

Foto: Uwe Bielewski

Mehr Geld für Kinderbetreuung

Landtag berät neues Kita-Gesetz

■ Mit zusätzlichen 15 Millionen Euro will die Landesregierung die Qualität der Kinderbetreuung in Mecklenburg-Vorpommern erhöhen. Das sieht der Entwurf des neuen Kita-Gesetzes vor, den Sozialministerin Manuela Schwesig am 29. April im Landtag vorstellte. Mit dieser Aufstockung könne das Land von 2011 an pro Jahr insgesamt 124 Millionen Euro für Kindertagesstätten und Tagesmütter ausgeben. Rund fünf Millionen Euro sollen in solche Kitas fließen, in denen besonders viele Kinder aus sozial schwachen Familien betreut werden. Die Opposition kritisierte den Entwurf, der zur Beratung in den Sozialausschuss sowie den Innen-, Finanz- und Bildungsausschuss überwiesen wurde. LandtagsNachrichten veröffentlichen Auszüge aus der Debatte.

Ministerin Manuela Schwesig:

„Mehr Chancengerechtigkeit für alle Kinder“

Foto: Cornelius Kettler



■ „Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

[...] Wir legen Ihnen die Novellierung des Kindertagesförderungsgesetzes vor [...], mit dem wir [...] 35 Millionen Euro als gesetzliche Standards festlegen. [...]

Es gibt drei Punkte, die in diesem Zusammenhang mit Kitas so wichtig sind in unserem Land. Natürlich sind Kindertagesstätten, aber auch die Plätze bei Tagesmüttern, zuallererst wichtig für die Kinder und für die Eltern [...] vor dem Hintergrund Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Viele Eltern wollen zusammen arbeiten, und viele Familien müssen es [...], denn sonst könnten sie ihre Familie nicht ernähren. [...] Der zweite Punkt: Die Kindertagesstätten sind neben den Eltern die

erste Bildungseinrichtung, die Kinder besuchen. Bildung fängt nicht erst in der Schule an. [...] Und der dritte Punkt: Wenn denn so viele Kinder in unsere Einrichtungen oder zu Tagesmüttern gehen [...], dann erfahren oft Erzieherinnen und Erzieher, was los ist in den Familien, [...] wo Probleme sind. Über diese Kitas kommen wir an Familien heran, die wir manchmal sonst nicht erreichen. [...]

Allein 50 Prozent der Kinder unter drei Jahren [...] gehen in unsere Einrichtungen. [...] Wir haben die ersten 24-Stunden-Kitas, [...] Eltern, die Schichtdienste leisten müssen, die vielen Alleinerziehenden [...] brauchen diese Angebote [...] Das zeigt auch die extrem hohe Belegungsquote bei über Dreijährigen. Hier besuchen 98 Prozent der Kinder unsere Einrichtungen. [...]

Was wollen wir mit dem KiföG? [...]

- Wir wollen mehr Chancengerechtigkeit für Kinder durch gezielte individuelle Förderung.
- Wir wollen Bildung von Anfang an für alle Kinder.
- Wir wollen die Elternbeiträge stabilisieren.
- Wir wollen die partnerschaftliche Elternarbeit stärken.
- Wir wollen [...] die demografische Entwicklung [...] berücksichtigen.

Ausgangspunkt für diese KiföG-Novellierung war für uns deswegen eine intensive Bestandsanalyse [...]

Seit 2004 sind die Belegungszahlen enorm gestiegen. Wir hatten 2004 noch ungefähr 77.000 Kinder in den Einrichtungen und jetzt über 92.000 [...]

Neben diesen Fakten [...] gibt es Ergebnisse, die uns große Sorgen machen. Wenn man sich die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen anschaut, [...] dann stellen wir fest, dass die Auffälligkeiten bei Kindern zunehmen, dass die Kompetenzen, die benötigt werden, um in eine Regelschule eingeschult werden zu können, nachlassen. [...] Hier müssen wir einfach mehr tun. [...]

Es gab Gespräche vor Ort mit Erzieherinnen, Tagesmüttern, Eltern, Fachberatern, Jugendämtern, Trägern und Kindern und

dazu natürlich eine Vielzahl von Veranstaltungen [...]

Was sind nun die wichtigsten Botschaften aus dieser Diskussion? [...]

- Der Ausgleich der erhöhten Inanspruchnahme: Diese 15.000 Kinder, die mehr in den Einrichtungen sind, müssen auch durch das Land mitfinanziert werden.
- Die Modernisierung der Ausbildung: Hier ist es eine große Sorge der jetzigen Fachkräfte, dass wir nicht genug Fachkräfte nachbekommen. [...]
- Die Rahmenbedingungen für die individuelle Förderung und für Bildung von Anfang an sollen verbessert werden [...]
- Ihr habt gute Standards im KiföG 2004, aber die werden im Land zu unterschiedlich umgesetzt. Sorgt dafür, dass sie möglichst landeseinheitlich umgesetzt werden!
- Bitte baut Bürokratie ab. [...]

Wir geben fünf Millionen Euro für den Ausgleich der erhöhten Inanspruchnahme an die Kommunen. [...] Wir werden zukünftig diese Gelder, [...] die bisherigen Millionen plus fünf Millionen Euro, umrechnen pro Kind. [...]

Es bleiben zehn Millionen Euro für Qualitätsverbesserungen. Alle die, die sich mit dem Thema auskennen, wissen, wenn man den Betreuungsschlüssel um ein Kind absenken will, zum Beispiel im Kindergarten beim Fachkräftegebot von 1:18 auf

1:17 gehen will, dann müssen wir als Land alleine 7,4 Millionen Euro zur Verfügung stellen. [...]

Wir wollen Bildung von Anfang an. [...] Wir setzen die Bildungskonzeption für Null- bis Zehnjährige um. Sie wird verbindliche Grundlage für die individuelle Förderung in unserem Land. [...]

Wir wollen die individuelle Förderung stärken. Wir wissen, dass es nicht ausreicht, vier Monate vor der Einschulung die Einschulungsuntersuchung zu machen und dann festzustellen, [...] ihr müsst auf eine Förderschule [...] Und deswegen schreiben wir in das Gesetz, [...] dass wir nach Standards den Entwicklungsstand von Kindern alltagsintegriert beobachten. [...] Wir wollen, dass die Erzieherinnen [...] uns sagen, wo es Probleme gibt. [...] Wir wollen eine Forderung erfüllen, die im Raum steht: Die Verbesserung der Vor- und Nachbereitungszeiten, die jetzt für jeden auf 2,5 Stunden festgelegt sind, wollen wir aufstocken [...], noch einmal um 2,5 Stunden. [...] Also jede Erzieherin wird zukünftig mehr Zeit für die Vor- und Nachbereitung und für Elterngespräche haben. Alleine diese Aufstockung kostet fünf Millionen Euro. [...]

Wir tun für alle Kitas etwas über die Verbesserung der Vor- und Nachbereitungszeiten, das sind umgerechnet 155 Erzieherinnen- und Erzieherstellen, und wir tun zusätzlich noch mal etwas für die Kitas, wo eine ganz angespannte Lage ist, das sind auch noch mal 155 zusätzliche Vollzeitstellen. [...]

Wir wollen auch etwas tun für die bessere Arbeitssituation von Erzieherinnen und Erziehern und haben eine Mindestbeschäftigungsarbeitszeit von 25 Stunden die Woche festgeschrieben. [...]

Und zu guter Letzt [...]: wir werden die Mitwirkungsrechte der Eltern stärken. [...]

Ich hoffe [...] auf Ihre Unterstützung und freue mich auf die Diskussion im parlamentarischen Verfahren. Vielen Dank.“

*Gestz Entwurf der Landesregierung
Drucksache 5/3381*

Kita in M-V

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es 1.070 Kindertageseinrichtungen. In ihnen werden 98 Prozent aller Mädchen und Jungen zwischen dem vollendeten dritten Lebensjahr und dem Schuleintritt betreut – die meisten von ihnen ganztags. Das sind deutlich bessere Bedingungen als in den alten Bundesländern, wo im Durchschnitt nur 24 Prozent der Plätze in Kindertageseinrichtungen mit einer Ganztagsbetreuung verbunden sind. Von den unter Dreijährigen werden in Mecklenburg-Vorpommern rund 35 Prozent in Kindertageseinrichtungen betreut – in den alten Bundesländern sind es lediglich drei Prozent. In der Altersgruppe der Zwei- und Dreijährigen besuchen in M-V fast 67 Prozent der Kinder eine Krippe. Der Ausbau von Plätzen in Krippe und Kita ist daher in Mecklenburg-Vorpommern kaum ein Thema. Im Nordosten geht es angesichts hoher Arbeitslosigkeit und vieler Geringverdiener eher um die Entlastung der Eltern bei den Kosten für die Kinderbetreuung. Ein Krippenplatz kostet die Eltern derzeit monatlich im Schnitt 218 Euro, für einen Kindergarten werden rund 121 Euro fällig.

Quelle: www.kita-portal-mv.de



Foto Jens Büttner

Dr. Marianne Linke, DIE LINKE:

Individuelle Förderung wird zur Defizitpädagogik“

Foto: Cornelius Kettler



■ „Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Mit der Begründung zur [...] Novelle des Kindertagesförderungsgesetzes [...] wird festgestellt, dass sich die Regelungen des Gesetzes aus dem Jahr 2004 als praxistauglich erwiesen haben. [...]

Mit der Verankerung des Anspruchs auf vorschulische Bildung und gesunde Lebensweise im Gesetz sowie deren finanzielle Untersetzung wurden die Rechte der Kinder damals deutlich gestärkt. Die konsequente Einführung des Rahmenplanes für die vorschulische Bildung sowie die Erarbeitung tragereigerer Konzepte führte auch zur Stärkung der Rechte der Erzieherinnen. Es wurden eine strikte Quote für pädagogische Fachkräfte eingeführt und Fort- und Weiterbildung geregelt. [...] Das Gesetz schrieb damals als eines der ersten [...] die Vergabe öffentlicher Mittel nur an solche Träger und Kindertageseinrichtungen fest, die sich an tariflichen Bestimmungen orientierten. [...]

Die Abgeordneten meiner Fraktion, die wir 2004 federführend das KiföG erarbeitet haben, sind vollkommen damit einverstanden, die finanziellen Mittel im Bereich der Kindertagesförderung zu erhöhen. Hier hat die Koalition eine gute Tradition der rot-roten Landesregierung fortgesetzt. Fraglich allerdings bleibt, ob die [...] Standards des Gesetzes den hohen qualitativen Anforderungen [...] insbesondere bei Beachtung der sozialen Situation [...] entsprechen.

[...] zu den Zielen und Inhalten der individuellen Förderung heißt es [...]: „Grundlage der individuellen Förderung ist die in Mecklenburg-Vorpommern verbindliche Bildungskonzeption für Kinder von null bis zehn Jahren, die schrittweise ... eingeführt wird.“ [...] „Die Umsetzung der Bildungskonzeption hat sich in den Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen [...] unter Beachtung der einrichtungsspezifischen Konzeption widerzuspiegeln.“ [...] Die vom Bildungsminister hierzu eingesetzte Kommission wird die Ergebnisse nach Selbstauskunft des Ministers [...] erst Ende 2011 vorlegen. Ende 2011! [...]

Das KiföG 2004 hat im Gesetz die Quote für Fachkräfte, für pädagogische Fachkräfte, festgeschrieben. Auch das war eine Besonderheit in Deutschland, wo sonst nur Personalschlüssel ungeachtet der Qualifikation des Personals normiert werden. [...] In der vorliegenden Novelle wird der Begriff „pädagogische Fachkraft“ durch „pädagogisches Personal“ ersetzt, das aus pädagogischen Fachkräften [...] und Assistenzkräften [...] gebildet wird. Zur Unterstützung des pädagogischen Personals können ferner Praktikantinnen und Praktikanten eingesetzt werden. [...] Überdies – und damit wird der Qualitätsansatz Fachkraftquote [...] vollkommen ausgehebelt – kann der überörtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe [...] von den Anforderungen Ausnahmen zulassen [...]. Die strenge Fachkraftquote des KiföG [...] wird also zu einem ganz schänden allgemeinen Personalschlüssel mutie-

ren [...]. Damit wird Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich das Land mit den schlechtesten Personalschlüsseln dieser Republik. [...]

Das Gesetz setzt stark auf individuelle Förderung. Im Paragraphen 1 Abs. 6 allerdings wird [...] festgeschrieben, dass eine gezielte individuelle Förderung einzusetzen hat, sofern erhebliche Abweichungen von der altersgerechten sozialen, kognitiven, emotionalen oder körperlichen Entwicklung der Kinder nachgewiesen werden. [...] Sollte es nicht das Ziel frühkindlicher Pädagogik sein, alle Kinder durch entwicklungsgerechte Anregungen zu fördern?

Resümierend stelle ich [...] fest, das neue Bildungskonzept liegt nicht vor, das geltende wird außer Kraft gesetzt. Damit fehlt die entscheidende Basis für Leistungsvereinbarungen im Sinne einer qualitativ hochwertigen Arbeit in den Kindertageseinrichtungen. Bildung wird wieder unverbindlich und die Fachkraftquote wird ausgehebelt. Die Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher bleibt unverändert, die Ausbildung allerdings wird um ein Jahr gekürzt. Individuelle Förderung wird zum Schwerpunkt einer Defizitpädagogik [...].“

Ilka Lochner-Borst, CDU:

„Kindertagesförderung qualitativ und quantitativ weiterentwickeln“



■ „Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich zitiere: „Was sollte ein Kind in seinen ersten sieben Lebensjahren erfahren haben, können, wissen? Einem Erwachsenen eine ungerechte Strafe verziehen haben, ich denke, Flüche und Schimpfwörter kennen in zwei Sprachen, auf einen Baum geklettert, in einen Bach gefallen sein, Stolz empfunden haben, ein Kind zu sein, nur Kind. Ich finde, wie sieht der eigene Name im Sand geschrieben aus, im Schnee, auf dem Waldboden, an der beschlagenen Fensterscheibe.“ Einige von Ihnen, meine Damen und Herren, werden das Plakat der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege unseres Landes kennen, das ich hier gerade zitiert habe.

Ich möchte es ganz bewusst an den Beginn meiner Ausführungen zum vorliegenden Gesetzentwurf stellen, weil ich uns alle daran erinnern möchte, dass die Bedürfnisse der Kinder oft weit weg von dem sind, was wir hier für vermeintlich richtig oder falsch halten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP – Gino Leonhard, FDP: Richtig. – Michael Roolf, FDP: Sehr richtig, sehr richtig.)

Ich möchte, dass wir uns trotz aller unterschiedlichen politischen Auffassungen ihre Einfachheit vor Augen halten und unsere Aufgabe nur darin besteht, für die Bedürfnisse der Kinder einen vernünftigen Rahmen zu schaffen, nicht mehr und nicht weniger.

Dabei kann der vorliegende Gesetzentwurf nur einen Beitrag leisten, aber, wie wir meinen, einen nicht unwesentlichen für unser Bundesland. Schon mit der Koalitionsvereinbarung haben wir einen Schwerpunkt auf Kinder- und Jugendpolitik in unserem Land gelegt. Und nun liegt uns auch ein Gesetzentwurf zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes vor, der der aktuellen bildungs- und sozialpolitischen Entwicklung Rechnung trägt und die steigende Inanspruchnahme berücksichtigt. Finanziell wurde dies bereits mit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2010/11 umgesetzt. Das Land stellt im Jahr 2010 9,2 Millionen und in 2011 15 Millionen Euro zusätzlich bereit. [...]

Die Novelle des KiföG soll die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen, die Kindertagesförderung qualitativ und quantitativ weiterzuentwickeln. Wie Sie der Drucksache entnehmen können, wurde das Gesetz grundlegend überarbeitet, und das alte Finanzierungssystem, das sich als wenig flexibel und bürokratisch erwiesen hat, soll nun umgestellt werden. Das heißt, der bisher unabhängig von der Zahl der betreuten Kinder festgeschriebene Jahresgesamtbetrag wird auf eine Förderung pro belegten Platz umgelegt. Und es ist natürlich eine gute Botschaft, dass der Zuschuss des Landes zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in der Tagespflege von 80,8 Millionen in 2006 auf 92,5 Millionen in 2010 angestiegen ist und in 2011 auf 94,4 Millionen Euro noch weiter ansteigen wird. Ich möchte auch nicht unerwähnt lassen,

dass hier pro Jahr jeweils 14,5 Millionen Euro für die Kostenbefreiung der Eltern im letzten Kindergartenjahr sowie beim Mittagessen hinzukommen und diese nun auch gesetzlich fixiert sind.

Aber, meine Damen und Herren, für uns sind andere Zahlen viel wichtiger, Zahlen, die leider keine gute Botschaft sind. Schon bei der letzten Novelle des KiföG war bekannt, dass trotz Besuchs von Kinderkrippe und Kindergarten eine viel zu hohe Zahl von Kindern bei den Schuleingangsuntersuchungen eine Empfehlung für eine Förderschule erhält. Ich möchte das mit den Zahlen aus dem Jahr 2008/2009 untermauern, denn zu diesem Zeitpunkt hatten in unserem Land 10,19 Prozent der Schülerinnen und Schüler einen sonderpädagogischen Förderbedarf, während der Bundesdurchschnitt bei weniger als der Hälfte, nämlich bei 4,91 Prozent, lag. Erst wenn sich diese Zahlen zum Positiven verändern, werden wir die Rahmenbedingungen für die Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes richtig gesetzt haben. Erst dann wird sich jeder Euro, den wir in die Unterstützung der Kindertagesförderung stecken, wirklich ausgezahlt haben.

Vor diesem Hintergrund ist es für uns ungeheuer wichtig, dass die vorschulische Bildung qualitativ aufgewertet und verbessert wird

(Michael Roolf, FDP: Sehr richtig.)

und jedes Kind eine individuelle Förderung erhält. Dabei spielt die Bildungskonzeption aus dem Hause von Minister Tesch eine wesentliche Rolle.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genauso ist es.)

Und es ist gut, dass ihre Erprobung nun planmäßig beginnen kann. Wir wollen, dass Kinder ihre individuellen Fähigkeiten altersgerecht entwickeln und stärken können, weil wir es als unsere Pflicht betrachten, ihnen bei der Bewältigung ihrer

Lebens- und Lernaufgaben zur Seite zu stehen, und wir die Vielfalt ihrer noch kleinen Persönlichkeiten als Bereicherung für unsere Gesellschaft sehen. Wir wollen dabei auch die Eltern stärker einbeziehen als Bindeglied zwischen ihrem Kind und der jeweiligen Einrichtung, aber auch in der Frage – wenn nötig – von Beratung und Unterstützung. Deshalb brauchen wir eine stärkere Partnerschaft mit den Eltern, denn sie sind die feste Konstante im Leben der Kinder.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Dennoch sind wir aufgefordert, die Über-

gänge der Kinder in verschiedene Lebensabschnitte so fließend wie möglich zu gestalten. Deshalb ist es richtig, dass die Ziele und die Inhalte der Bildungskonzeption mit den Rahmenplänen der Grundschule abgestimmt werden, denn für Kinder ist es wichtig, dass gerade die Übergänge von einem Lebensabschnitt zum anderen so erfolgreich wie möglich gestaltet werden.

(Michael Roof, FDP: Sehr richtig.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir leisten uns in Mecklenburg-Vorpommern ein Angebot an Kindertageseinrich-

tungen ergänzt durch Tagesmütter, das die Betreuung jedes Kindes von der Krippe bis zum Hort sicherstellt. Das ist für uns eine Selbstverständlichkeit, die jedoch auch einen hohen finanziellen Aufwand für unser Land und für die Kommunen bedeutet. Diesen Fakt sollten wir bei den anstehenden Diskussionen in den Ausschüssen nicht gänzlich aus den Augen verlieren. [...]"

Ralf Grabow, FDP:

„Wir müssen auf die Hinweise der Fachleute hören“



■ „[...] Ich würde vorweg, bevor ich meine Rede beginne, erst mal den Erzieherinnen und Erziehern recht herzlich danken, denn sie waren in den letzten Jahren diejenigen, die das ausbaden durften, was wir hier beschlossen haben. Das war bestimmt nicht immer vergünstigungssteuerpflichtig. [...]"

Und, Frau Linke, ich kann Ihnen das leider nicht ersparen: Ihr Entwurf 2004, und das ist auch in der Fachwelt deutlich gesagt worden, hat handwerkliche Fehler gehabt. [...] Ich habe sehr viel Hoffnung, dass wir im parlamentarischen Verfahren [...] den einen oder anderen Rat, der leider bis jetzt nicht eingeflossen ist, noch einmal aufnehmen. [...] In verschiedenen Städten sind Eltern mit Erziehern heute aber auch dabei, sich hier einzuschalten, und [...] das finde ich gut. [...]"

Wir müssen [...] auf die Hinweise unserer Fachleute auch hören. [...] Wir sollten darauf deutlich eingehen, was Städte- und Gemeindegremien, Landkreistag, aber auch die Liga errechnet haben, nicht, dass wir uns wie damals 2004 wieder an Zahlen beschummeln. [...]"

Die Vorbereitungszeit. Wir wissen inzwischen, dass die meisten Erzieher nur 30 Stunden arbeiten und nicht 40. [...] Die 5 Stunden Vorbereitungszeit sind auf 40 Stunden angerechnet. Das heißt, wenn die Mehrzahl unserer Erzieherinnen 30 Stunden arbeitet, läuft das ins Leere. Die werden nicht mehr Vorbereitung haben. [...]"

Ich möchte eins sagen: [...] Es gibt eine Frühförderung. Das steht auch heute jedem Elternteil, wenn wir Defizite erken-

nen, zu. [...] Wir tun den Fachleuten auch weh, [...] die in der Frühförderung tätig sind. Die kommen sich vor, als ob man sagt, wozu hat es uns denn gegeben, das müssen wir dann alles verkehrt gemacht haben. [...]"

Es gibt unterschiedliche Ideen, diese 15 Millionen in das System zu geben. Das hatten wir schon in der Haushaltsberatung. In der Haushaltsberatung hatten wir hier im Landtag eine Anhörung. Ich kann mich daran erinnern, dass dort schon [...] damals [...] der Kirchenvertreter der evangelischen Kirche – gesagt hat, [...] gibt die 15 Millionen in das System, lasst uns gemeinsam überlegen, wie wir es machen. [...]"

Jörg Heydorn, SPD:

„Soziale Gerechtigkeit und Partizipationsmöglichkeiten“



Foto: Cornelius Kettler

■ „Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! [...]

Ein Vorschlag, der von Frau Mönch-Kalina und von Teilen der Freien Wohlfahrtspflege gemacht wird, ist, die Elternbeiträge in der Finanzierung zu deckeln und sozial zu staffeln, und zwar über das gesamte Land [...]. Das Defizit, das an der Stelle entsteht, sollen das Land und die Kommunen tragen.

Daraufhin haben wir den Hinweis gegeben, dass wir hier in unserer Kommunalverfassung das Konnexitätsprinzip verankert haben. Das bedeutet, das, was das Land regelt, ist auch vom Land zu bezahlen. [...] Da hat man uns gesagt, [...] das Konnexitätsprinzip müsste dann infrage gestellt und abgeschafft werden, woraufhin wir gesagt haben, dass wir uns nicht vorstellen können, dass es für ein derartiges Vor- und Herangehen in diesem Landtag – egal, ob in den Regierungsfractionen oder auch in den Oppositionsfractionen – eine Mehrheit gebe.

*(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Mit Sicherheit nicht.)*

Das heißt, es sind auch Vorschläge gemacht worden, die mit der Realität in diesem Lande überhaupt nichts zu tun haben, die keinerlei Bodenkontakt haben. [...]

Wir haben hier auch eine ganze Reihe von Zuschauern, auch jungen Zuschauern, im Saal, für die das Thema Kindertagesstät-

tenförderung von Bedeutung ist. Was haben wir hier getan oder was wollen wir tun? [...] Es gibt auf der einen Seite die Möglichkeit, mit der Gießkanne übers Land zu gehen und Dinge zu tun, die letztendlich wirkungslos sind; oder es gibt die Möglichkeit, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren und zu versuchen, mit dem Geld, was man zur Verfügung hat, Effekte zu erreichen, messbare Effekte. Darum geht es uns.

Wir bewegen uns hier bei der Kindertagesstättenförderung im Spannungsfeld einer Qualitätsdiskussion und einer Diskussion um sozialpolitische Maßnahmen. Qualitätsdiskussion bedeutet, dass auch Forderungen gemacht werden, den Personalschlüssel deutlich abzusenken oder beispielsweise die Ganztagsbetreuung verpflichtend einzuführen. [...]

Auf der anderen Seite gibt es Forderungen nach sozialpolitischen Maßnahmen in die Richtung, dass man sagt, die Elternbeiträge müssen abgesenkt werden, die dürfen nicht weiter steigen. Das Essen muss kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Wenn man diese Forderungen erfüllen will,

(Irene Müller, DIE LINKE: An erster Stelle steht aber die Erziehung der Kinder.)

dann kommt man letztendlich in finanzielle Dimensionen, die das Land Mecklenburg-Vorpommern nicht tragen kann. [...]

Wir haben von unserer Seite aus, SPD-

fraktionsseitig, zusammengerechnet, was es kosten würde, wenn man all die qualitativen Elemente, die in der Diskussion sind, ausfinanziert. Dann ist man bei Hunderten Millionen Euro. Da ist noch kein Euro Elternentlastung dabei, da ist noch kein Euro dabei für das Essen [...]. 100 Millionen Euro alleine nur für das Thema Qualitätsverbesserung. [...]

Wir haben heute mehrfach gehört, wir haben 15 Millionen zur Verfügung, und fünf Millionen Euro wollen wir dafür verwenden, dass es der kommunalen Ebene und den Eltern besser geht. [...] Wir halten das für richtig. An dieser Stelle wollen wir unsere Verantwortung wahrnehmen. [...] Wir dynamisieren unsere Beträge. Wir dynamisieren sie um zwei Prozent per annum. Das sind gewaltige Anstrengungen. Und wir werden die Finanzierung umstellen [...], das heißt, die Einrichtungen und die örtlichen Jugendhilfeträger erhalten das Geld künftig unter dem Gesichtspunkt belegter Plätze.

Dann will ich auf den wesentlichen inhaltlichen Aspekt der SPD-Fraktion und auch der CDU-Fraktion letztendlich zu sprechen kommen, der getragen ist von der Überlegung sozialer Gerechtigkeit und Partizipationsmöglichkeiten. Sowohl die Ministerin als auch die Kollegin Lochner-Borst haben vorgetragen, wie die Situation bei vielen Kindern in unserem Lande ist. Sie haben Entwicklungsdefizite in der Sprache, in der Motorik, sie sind teilweise übergewichtig. Wir sind der Meinung, dass das die Kinder sind, auf die wir uns mit unseren Maßnahmen zuerst konzentrieren sollten. [...]

Ich würde auch gerne noch ein Stück weit auf das eingehen, was von der LINKEN hier vorgetragen worden ist. Frau Dr. Linke, auch in das Gesetz, was wir beide zusammen gemacht haben, ist das Thema „Sozialraumorientierte Förderung“ aufgenommen worden.

Ich weiß das deshalb ganz genau, weil die Formulierung von mir ist. Das ist nur nie so richtig umgesetzt worden. Das steht da

relativ vage drin, aber man hat sich in unserer Legislaturperiode halt nicht auf die Kinder konzentriert, die einer besonderen Förderung bedürfen,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Die zurückliegenden vier Jahre auch nicht.)

denn ansonsten hätten wir in den Schulinganguntersuchungen nicht solche Ergebnisse zu verzeichnen gehabt. [...] Das wollen wir besser machen und das halte ich für gut und richtig.

Wir orientieren uns auch an keiner Stelle an Hartz-IV-Kriterien. Das müssen Sie mir im Gesetz mal zeigen.

(Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Das steht in der Begründung.)

Die Orientierung bei der Mittelverteilung erfolgt [...], was diese fünf Millionen für schwerpunktmäßige individuelle Förderung betrifft, an dem Gesichtspunkt von übernommenen Elternbeiträgen. Wir müssen das Geld ja nach irgendwelchen Kriterien von der Landesebene auf die Ebene der örtlichen Jugendhilfeträger kriegen. Das kann man nach zweierlei Gesichtspunkten machen: Wir können beim örtlichen Jugendhilfeträger einen Sachbearbeiter damit beauftragen, dass der jeden Einzelfall, jedes Kind prüft, wo ein Antrag gestellt wird auf eine besondere individuelle Förderung. Das wäre Bürokratieausweitung ohne Ende. Oder wir können uns einfache Kriterien überlegen, wie wir dieses Geld nach unten bringen. Wir sagen, das wird nach unten gebracht anhand des Kriteriums übernommener El-

ternbeiträge auf die Kreise und kreisfreien Städte, die das Geld dann wieder an die Einrichtungen weitergeben müssen. [...]

Es sind in der Regel nicht [...] die gut betuchten Elternhäuser, wo die Kinder in Erscheinung treten mit einer nicht altersgerechten Entwicklung. [...] Diese Interdependenzen gibt es und diesen Interdependenzen ist bei der Verteilung der Mittel Rechnung zu tragen. [...]

Ich bitte im Namen der Regierungsfraktionen, das Gesetz in den Sozialausschuss überweisen, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.“

Stefan Köster, NPD:

„Sie sparen an unseren Kindern“



Foto: Cornelius Kettler

■ „[...] 5.200 Erzieher [...] tragen die Verantwortung für rund 93.000 Kinder. Damit liegt der Betreuungsschlüssel in Mecklenburg-Vorpommern bei 1:18. [...]

Die Liga der Spitzenverbände schreibt Folgendes: ‚Die Enttäuschung der pädagogischen Fachkräfte, Leiterinnen und der Fachberater/innen zu diesem Gesetzentwurf ist groß.‘ Und weiter: ‚Wir nehmen also nachfolgend ausführlich Stellung zu einem Gesetzentwurf, der aus unserer Sicht nicht tragfähig ist. [...]

Der Landeselternrat verweist zu Recht darauf, dass die Regierung gerade zur Rettung von pleite gegangenen Unterneh-

men hier im Land immer wieder Millionenbeträge findet, die scheinbar plötzlich aus dem Nichts auftauchen. Wenn es dann allerdings darum geht, ausreichend Finanzmittel für Kinder und Erzieherinnen im Land in den Haushalt einzustellen, ist plötzlich kein Geld mehr verfügbar. Sie sparen an unseren Kindern. Dies ist ein Fakt, welcher nicht zu leugnen ist. [...]

Die Landesregierung erwartet zudem von den Erzieherinnen, dass diese sich mit den Kindern auch individuell befassen. Diese individuelle Zuwendung erfordert aber Zeit, die die Erzieherinnen schlichtweg kaum haben. Fakt ist aber auch: Aus finanziellen Gründen erhalten viele Erziehe-

rinnen keinen Vollzeit Arbeitsplatz mehr, sondern werden [...] mit Teilzeillösungen vertröstet. Dieses lässt der Gesetzentwurf absolut außer Acht. [...]

Das Grundübel Ihrer Kindertagesstättenpolitik ist die Tatsache, dass Sie gar nicht wollen, dass sich die Erzieherinnen mit ganzer Kraft den Kindern widmen können. Andernfalls würden Sie [...] zum Beispiel den Betreuungsschlüssel [...] reduzieren [...].

Und Sie haben schon längst vergessen, dass Kinder Kinder sind und keine zu programmierenden und funktionierenden Maschinen.“



Foto: Cornelius Kettler

Landräte, Oberbürgermeister, Bürgermeister, Stadt- und Kreistagspräsidenten bei der Anhörung im Innenausschuss.

Kreisgebiets- und Funktionalreform

Innenausschuss hat Anhörungen fortgesetzt

■ Nachdem der Innenausschuss im Dezember 2009 in einem Sitzungsmarathon an vier aufeinander folgenden Tagen Anhörungen zum Kreisstruktur- sowie zum Aufgabenzuordnungsgesetz durchgeführt hat, hatten sich die Mitglieder des Innenausschusses in ihrer Sitzung am 4. März im Rahmen des laufenden Anhörungsverfahrens darauf verständigt, zu weiteren Teilaspekten anzuhören.

Der Vorsitzende des Innenausschusses, **Dr. Gottfried Timm**, führte dazu aus, dass die Gesetzentwürfe aufgrund ihres Umfangs und ihrer Bedeutung für das Land erheblichen Beratungsbedarf ausgelöst hätten. Außerdem hätten sich in den Beratungen nach

der ersten Anhörungsreihe weitere Fragen zu Einzelheiten der Gesetzentwürfe ergeben. Deshalb sei seitens der Fraktionen weiterer Anhörungsbedarf zu unterschiedlichen Themen angemeldet worden. Am 10. und 11. Mai wurden nunmehr die mündlichen Anhörungen gantztägig durchgeführt. Im Einzelnen ging es unter anderem darum, welche Aufgaben noch zusätzlich von der Landes- auf die kommunale Ebene bzw. an Dritte übertragen werden könnten. Daneben sollten aber auch Fragen zu der Bestimmung der Kreissitze und -namen und die Zuordnung der Hansestadt Demmin und des Amtes Demmin-Land erörtert werden. Hierzu haben die Fraktionen erneut die Landräte, Oberbürgermeister, Bürgermeister, Stadt- und Kreistagspräsidenten, die kommunalen Spitzenverbände sowie weitere Sachverständige um Beantwortung eines umfangreichen Fragenkataloges gebeten. Mit diesen Anhörungen soll das Anhörungsverfahren abgeschlossen werden. Ziel ist es, fristgerecht für die Julisitzung dem Landtag einen entsprechenden Beschluss für die beiden Gesetzentwürfe zu empfehlen. Zu diesem Zweck wird neben den regulären Sitzungen noch eine Sondersitzung am 17. Juni stattfinden.



Foto: Georg Strätker

Der Europa- und Rechtsausschuss mit der Gemeindevertretung Banzkow und Bürgermeisterin Irina Berg (1. Reihe Mitte)

Eine Gemeinde lernt Englisch

Banzkow vertritt Deutschland in Europa

■ Die vier Dörfer der Gemeinde Banzkow vertreten in diesem Jahr Deutschland in einem europäischen Schönheitswettbewerb, der „Entente Florale“.

Die Teilnahme ist kein Selbstzweck. Sie soll helfen, die Lebensqualität in der Gemeinde weiter zu verbessern. Banzkow – bereits mehrfach im Bundeswettbewerb „Unser Dorf soll schöner

werden“ ausgezeichnet – hofft auf ein gutes Abschneiden und geht den Wettbewerb mit Tatendrang an. An Engagement fehlt es den Banzkowern nicht, davon konnte sich der Europa- und Rechtsausschuss in seiner Sitzung am 19. Mai vor Ort überzeugen. Für den Besuch der europäischen Jury am 18. Juli lernen die Banzkower jetzt Englisch. Die europapolitischen Sprecher der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und FDP haben während der auswärtigen Sitzung selbst ein wenig zur Dorferneuerung beigetragen. „Vier Birken für Banzkow“ - eigenhändig gepflanzt – sollen ein Zeichen setzen. Bei so viel Tatendrang und Unterstützung können die Banzkower dann hoffentlich im Herbst zur Preisverleihung nach Italien fahren. Die Daumen für ein gutes Abschneiden werden jedenfalls gedrückt.

Maritime Fachtagung

Zweite Sitzung der Arbeitsgruppe „Integrierte Maritime Politik“ der Ostseeparlamentarierkonferenz

■ Unter der Leitung des Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses, Jochen Schulte, hat die Arbeitsgruppe „Integrierte Maritime Politik“ der Ostseeparlamentarierkonferenz am 14. und 15. April in Brüssel ihre zweite Sitzung durchgeführt. In der als Anhörung konzipierten Tagung erörterten Abgeordnete aus 13 Parlamenten und Parlamentarischen Vereinigungen mit Vertretern des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission, der Europäischen Hafen-Organisation und der Europäischen Gemeinschaft der Reedereivereinigungen eine Vielzahl von Politikfeldern in der gemeinsamen Ostseeregion.

Dabei standen Aspekte der Integrierten Meerespolitik der EU, der Transeuropäischen Verkehrsnetze, der Seeschifffahrt und ihrer Umweltauswirkungen, des Kurzstreckenseeverkehrs sowie der Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland im Fokus. Alle Parlamentsvertreter waren sich einig, dass Transeuropäische Verkehrsnetze, Meeresautobahnen, Hafeninfrastruktur sowie Hinterlandanbindungen eine grundlegende Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion haben. In diesem Zusammenhang müsse Russland zukünftig stärker als bisher einbezogen werden.

Von Seiten der Kommission wurde herausgehoben, dass die Emissionen von Schadstoffen und Treibhausgasen durch den Schiffsverkehr weiter reduziert werden müssen. Reederei- und Hafenvertreter stimmten den dazu auf globaler Ebene vereinbarten Maßnahmen zwar zu, gaben aber zu bedenken, dass sich bei einer weiteren Minderung des Schwefelanteils von Schiffstreibstoffen in der Ostseeregion ab 2015 die Schiffsbetriebskosten stark erhöhen würden. Dies könne die unerwünschte Folge haben, dass sich Transportverkehre verstärkt vom Seeweg auf die Straßen verlagern. Für die Häfen sei es zudem wichtig, weitere Maßnahmen zur Emissionsverminderung auf der Grundlage der „Weltweiten Hafen-Klima-Initiative“ einzuleiten. Dazu gehören u. a. die Landstromversorgung, der Einsatz gasbetriebener Schiffsmotoren und der Einsatz der Brennstoffzellentechnologie bei der Nutzung von Hilfsaggregaten.

Auf der Grundlage ihrer bisherigen Ergebnisse sowie der Sitzung am 15. Juni in Kopenhagen wird die Arbeitsgruppe der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz Ende August erste politische Handlungsempfehlungen unterbreiten, die an die EU, den Ostseerat sowie die regionalen und nationalen Regierungen gerichtet sein werden.

Fotos über die Hecke

Seit geraumer Zeit sieht man auf den Straßen und Plätzen des Landes immer wieder das Fahrzeug von „google street view“, das von Häusern und Grundstücken Aufnahmen macht, um diese anschließend im Internet zu veröffentlichen. Ob die Kommerzialisierung der Aufnahmen und Daten in dieser Form zulässig ist, war Gegenstand einer Nicht-öffentlichen Anhörung im Europa- und Rechtsausschuss am

Gemeinsam gegen Menschenhandel

Zweite Sitzung der Arbeitsgruppe „Civil Security“ der Ostseeparlamentarierkonferenz

■ Die Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference – BSPC) dient seit 1991 nationalen und regionalen Parlamenten der Ostseeanrainerstaaten als Forum, um die besonderen Herausforderungen und Chancen des Ostseeraums zu thematisieren. In Stockholm trafen sich am 8. April die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Zivile Sicherheit“ zum zweiten Mal.

Im Mittelpunkt dieser Sitzung stand der Meinungsaustausch der Parlamentarier zu den Erfahrungen der Mitgliedsstaaten mit Menschenhandel und den Ergebnissen bisheriger Gegenmaßnahmen. Dabei wurde deutlich, dass es sich beim Menschenhandel um ein vielschichtiges, weit verbreitetes Phänomen handelt, welches sich seit 1990 auch im Ostseeraum rasant ausgebreitet hat. In diesem Zusammenhang hat auch das Verständnis von Menschenhandel eine Wandlung erfahren. Maßgeblich ist nicht mehr der illegale Transport von Menschen, sondern ihre wirtschaftliche oder sexuelle Ausbeutung. Aufgrund der Komplexität sind nationale Koordinatoren und internationale Zusammenarbeit notwendig.

Dr. Armin Jäger unterstrich als Vertreter des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, dass in Deutschland verstärkt ganzheitliche Ansätze zur Bekämpfung des Menschenhandels zum Tragen kämen, es aber im Einzelfall nach wie vor schwierig sei, Ausbeutung zu erkennen und nachzuweisen.

Vertreter des Ostseerates sowie ein Vertreter des Gastgeberlandes stellten internationale und lokale Initiativen zur Eindämmung des Menschenhandels und zum Schutz der Opfer vor. Die Teilnehmer waren sich einig, dass bei allen Maßnahmen die Opfer im Fokus der Bemühungen stehen müssten. Gemeinsam initiierten sie eine entsprechende Empfehlung an die diesjährige Ostseeparlamentarierkonferenz, verbunden mit der Aufforderung an die Mitgliedsstaaten, die bestehenden internationalen Vereinbarungen umzusetzen.

Das nächste Treffen der Arbeitsgruppe findet am 10. Juni in Oslo statt, die Vorlage eines Abschlussberichts ist im September 2011 geplant.

12. Mai. Eine Reihe von Sachverständigen hat durchweg kritisch Stellung bezogen. Vorsitzender Detlef Müller resümiert im Anschluss an die Sitzung: „Google hat die Datensammlung zwischenzeitlich unterbrochen. Ich finde besonders bedauerlich, dass das Unternehmen selbst – entgegen der Zusage – an der Beratung nicht teilgenommen hat. Wir werden das Thema weiter bearbeiten müssen.“

Projekte gegen das Vergessen

Holocaust-Überlebende Batsheva Dagan zu Gast in Rövershagen

■ „Ich habe schon viele Schulen in Europa besucht. Aber was ihr macht, ist einzigartig!“ Die Holocaust-Überlebende Batsheva Dagan war begeistert, als sie am 12. Mai bei ihrem Besuch in der Regionalen Schule Rövershagen die Geschichtsprojekte der Schülerinnen und Schüler kennen lernte.

Die Projektgruppe „Kriegsgräber“ unter Leitung von Geschichtslehrerin Petra Klawitter hatte Batsheva Dagan eingeladen, da sie bereits Bücher von ihr gelesen und in ihre Projekte gegen das Vergessen einbezogen haben. Die Schüler waren stolz, dem Gast aus Israel nun ihr neuestes Projekt „Eisenbahnwaggon“ vorstellen zu können. Mit Unterstützung der Bundeswehr und regionaler Unternehmen haben sie einen alten Eisenbahnwaggon auf dem Schulhof aufgestellt, restauriert und dort bereits zwei Ausstellungen gezeigt – die letzte zum Thema „Züge ins Grauen, Häftlingsschicksale aus Auschwitz, Ravensbrück und Außenlagern in Mecklenburg und Vorpommern“. Außerdem arbeiten sie an einem Geschichtskoffer „Ravensbrück und seine Außenlager in



Foto: Claudia Richter

Batsheva Dagan mit Schülerinnen und Schülern der Regionalen Schule Rövershagen.

Mecklenburg und Vorpommern“ zur Vorbereitung von Gedenkstättenfahrten. Batsheva Dagan, die den Zehn- bis Fünfzehnjährigen ihr Schicksal erzählte und viele Fragen beantwortete, war sehr beeindruckt von dem Engagement der Kinder. „Was ihr macht, ist einzigartig!“, lobte sie die Schüler. „Ich werde allen meinen Freunden in Israel davon erzählen!“

Versöhnliches Miteinander

Landtagspräsidentin würdigt Jugendarbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge

■ Sylvia Bretschneider hat am 22. April in Schwerin den ehrenamtlichen Helfern und den Mitarbeitern des Landesverbandes des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. während eines Festaktes für deren Arbeit gedankt.

In ihrer Rede würdigte die Landtagspräsidentin ausdrücklich die Jugendarbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. „Dem Volksbund gelingt es durch die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Schulen und Projekten, junge Menschen für Frieden und Verständigung zu sensibilisieren“, sagte sie. Bretschneider erinnerte daran, dass im Ersten und Zweiten Weltkrieg weit mehr als sechzig Millionen Menschen ums Leben gekommen sind, viele weitere Millionen in Hunderten Konflikten seit 1945. Es gebe kaum ein Jahr, in dem nicht irgendwo auf der Welt Krieg herrsche. „Weil Frieden nicht selbstverständlich ist, ist es unerlässlich, ihn jeden Tag zu verteidigen und zu erhalten“, betonte die Politikerin. Die Menschen in Europa hätten mit der europäischen Einigung und den friedlichen Revolutionen vor zwanzig Jahren große Schritte unternommen, sich bewusst zu machen, wie wichtig ein versöhnliches Miteinander ist. „Men-



Foto: Cornelius Kettler

Am 19. Mai begrüßte Sylvia Bretschneider in ihrer Eigenschaft als Parlamentspräsidentin und somit Hausherrin, aber auch als Präsidentin des Landestourismusverbandes japanische Reiseveranstalter im Schweriner Schloss. Sie warb für Mecklenburg-Vorpommern als herausragendes Reiseziel und verwies insbesondere auf die natürlichen und architektonischen Reize des Landes sowie seine Qualitäten als Gesundheitsland. Den Kontakt zu den Reiseveranstaltern aus Ostasien hatte der Tourismusverband M-V auf der German Travel Mart (GTM) 2009 geknüpft. Nunmehr waren die japanischen Touristiker gekommen, um Reiseziele und Hotels zu prüfen und Verträge vorzubereiten.

schen und Völker müssen lernfähig sein, um an die Stelle von Krieg und Not endlich ein ‚Nie wieder!‘ zu setzen.“

Verantwortung für die Zukunft

Jugendbegegnungstage in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück

■ „Wir möchten Ihnen die Chance geben, fernab des Klassenzimmers mehr über das dunkelste Kapitel unserer Geschichte zu erfahren, sich an einem Ort der Verbrechen einzulassen auf Recherche, auf Fragen und Antworten – nicht zuletzt auf Gefühle.“ Mit diesen Worten begrüßte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider 45 junge Leute aus Güstrow und Oranienburg, die auf Einladungen der Parlamentspräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg für zwei Tage in die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück gekommen waren.

Mit dem Projekt gehe es nicht nur um den Blick zurück, sondern die Verantwortung aller für die Zukunft, betonte Sylvia Bretschneider. Die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus sei wichtig, um die Demokratie als grundlegenden Wert zu begreifen und zu schützen. „Sie tragen keine Schuld an den Verbrechen der Deutschen in der Zeit des Nazi-Regimes“, betonte auch Brandenburgs Landtagspräsident Gunter Fritsch. „Aber Sie tragen Verantwortung, dass sich solche Verbrechen nie wiederholen!“

Im Rahmen des Projektes informierten sich die Jugendlichen über die Geschichte des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück, gewannen beim Rundgang über das riesige Gelände einen Eindruck über das bis ins Letzte durchorganisierte Konzept der Nazis zur Internierung, Ausbeutung und Ermordung Hun-



Charlotte Kroll, Ilse Heinrich und Batsheva Dagan (v.l.) sprachen mit den Jugendlichen über ihre schreckliche Zeit im KZ Ravensbrück.

dertausender Menschen. Sie recherchierten die Schicksale von Frauen aus vielen Ländern und setzten sich in den Ausstellungen „Im Gefolge der SS“ und „Das Führerhaus“ auch mit den Handlungen und Motiven der SS-Offiziere und Lager-Aufseherinnen auseinander.

Am bewegendsten für alle war die Begegnung mit drei Überlebenden: Charlotte Kroll, die nach Ravensbrück eingeliefert wurde, weil sie einer schwangeren Fremdarbeiterin Babykleidung geschenkt hatte. Ilse Heinrich, die vor der schweren Feldarbeit bei fremden Bauern geflohen war und deshalb als „Asoziale“ eingesperrt wurde. Und Batsheva Dagan, die als polnische Jüdin fast ihre ganze Familie im Holocaust verlor, nach Auschwitz verschleppt wurde und bei Kriegsende auf dem Todesmarsch gen Westen nach Ravensbrück kam. Ilse Heinrich erklärt, warum sie alle trotz ihres hohen Alters immer wieder bereit sind, mit Schülern über die schrecklichste Zeit ihres Lebens zu sprechen: „Wir wollen, dass das nicht vergessen wird. Wir haben hier die Hölle durchlebt, und das möchten wir an die Schüler weitergeben.“ Die Gespräche mit den Schülerinnen und Schülern kosteten die drei Frauen viel Kraft, durchleben sie doch mit dem Erzählen alle

Schrecken und Grausamkeiten wieder und wieder. Aber zugleich gibt ihnen die Begegnung Mut, Hoffnung – und Vertrauen in die Jugendlichen, „die wissen wollen, was geschah“, wie Batsheva Dagan sagt. Sie hofft, dass diese Jugend mit dafür sorgen wird, dass sich so eine schreckliche Zeit nicht wiederholt. „Wenn ich nicht mehr da sein werde, seid ihr meine Botschafter“, sagt sie zu den Schülerinnen und Schülern.

Dass die Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Nationalsozialisten nicht nur ein Rückblick auf eine zurückliegende Zeit ist, machte Sylvia Bretschneider auch in der abschließenden Podiumsdiskussion deutlich. „Seit 2006 gehören dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern sechs Männer an, die die millionenfache Ermordung jüdischer Kinder, Frauen und Männer als „eine gute Idee“



Fotos: Claudia Richter

Zum Abschluss des Projektes legten die Jugendlichen aus Güstrow und Oranienburg Kränze am Mahnmal der Gedenkstätte Ravensbrück nieder.

bezeichnen, wie kürzlich der Vorsitzende der NPD-Fraktion Udo Pastörs in einer Debatte bei uns im Landtag!“, sagte sie. Mit populistischen Parolen versuchten die neuen Nazis, gerade junge Leute für sich zu gewinnen. Sie forderte die Schüler auf, genau hinzusehen, worum es der NPD wirklich gehe: die Leugnung der

Naziverbrechen, das Schüren von Hass gegen Ausländer und Minderheiten, letztlich die Abschaffung der Demokratie. Dem müsse sich jeder entgegen stellen, für den Menschlichkeit und Toleranz über allem stehen. „Heute wie damals geht es um die persönliche Verantwortung eines jeden Einzelnen!“, betonte sie.

Schülermeinungen

*Ich denke, dass niemand vergessen sollte, was damals geschehen ist. Jeder sollte sich mit dem Nationalsozialismus beschäftigen, da es ein Teil der deutschen Geschichte ist. Man sollte aus diesen Verbrechen lernen und schätzen, wie wertvoll das Leben ist. **Tim***

*Eines habe ich gelernt – etwas, das niemand aus den Augen verlieren sollte; etwas, das man für kein Geld der Welt kaufen kann: Nächstenliebe und Menschlichkeit. Wenn wir alle menschlich wären, wäre der Friede unser Leitfaden und Menschlichkeit unser Motto. **Carolin***

*Ich werde mit meinen Freunden und meiner Familie über die gewonnenen Eindrücke sprechen. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass die Menschen sich gegenseitig respektieren und schätzen. Man kann die Vergangenheit nicht ändern, doch versuchen, in der Zukunft mehr über sein Handeln nachzudenken. **Anja***

*Durch die Gespräche mit den Überlebenden wird mir klar, dass man das Leben schätzen sollte, dass man dankbar sein sollte für das, was man hat. Denn unserer Generation wird nicht verwehrt, zu leben, zu lernen und zu träumen. Wir müssen dafür sorgen, dass so etwas nie wieder passiert. **Jana***

*Mich hat dieses Gespräch wieder daran erinnert, dass Freundschaft, Familie, Liebe mehr wert sind als materielle Dinge. Für diese Erinnerung und die Erfahrung, die Sie mit uns geteilt haben, bedanke ich mich recht herzlich. **Martin***

*Es ist unvorstellbar, wie Menschen anderen Menschen solche Grausamkeiten antun können. Zum anderen ist es ein Wunder, dass die Opfer nach ihrer Hölle noch gerade im Leben stehen und ihre Menschlichkeit behalten haben, ohne vom Hass zerfressen zu sein. **Alex***

*Aus dem Gespräch mit Frau Dagan nehme ich vor allem tiefe Eindrücke für die Erziehung meiner eigenen Kinder mit, die – frei von Zwängen und Unterdrückung zu aufrichtigen Menschen erzogen – den Mut finden sollen, gegen jede Form von Diskriminierung aufzustehen und für eine bessere Welt einzutreten. **Roman***

*Ich finde es wichtig, dass diese unglaubliche Geschichte, die sich eigentlich niemand vorstellen kann, weitergetragen wird. Es darf nie wieder ein Mensch so gequält werden, nur weil er eine andere Religion oder eine andere politische Meinung hat. **Kathrin***

*Man darf weder vergessen noch leugnen, was damals geschehen ist. Die Summe der Opfer und die persönlichen Einzelschicksale werden bald verblassen, doch man muss stets daran denken, wohin der „rechte Weg“ führt und was die Mahnmale als stumme Zeugen berichten, wenn die, die jetzt noch die Gräueltaten der Nazis aufzeigen, durch den Lauf der Zeit schweigen. **Pascal***



Foto: Claudia Richter

Die Berufsoberschüler aus Güstrow mit Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und den Zeitzeuginnen Charlotte Kroll, Ilse Heinrich und Batsheva Dagan.

(Adressfeld für Abonnenten)

Bei seinem Antrittsbesuch in Mecklenburg-Vorpommern besuchte der Botschafter der Republik Slowenien, S.E. Mitja Drobnič (l.), am 22. April auch den Landtag. Andreas Bluhm, 3. Vizepräsident, erläuterte dem Gast die landespolitische Situation sowie die aktuellen Gesetzesvorhaben. Mitja Drobnič, der seit April 2009 im Amt ist, betonte sein Interesse an einer Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Slowenien. Insbesondere im Bereich der europäischen Regionalförderung könne Slowenien von den neuen Bundesländern lernen.



Foto: Stefan Janssen



Foto: Andrea Harms



Foto: Dirk Lange

Am Ziel ihrer Europatour MV 2010 übergaben die Teilnehmer am 29. April 30 symbolische Europa-Sterne an Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider. Die Sterne stehen für Patenschaften für 30 Sterne im Deckengewölbe der Schweriner Schlosskirche, die die Tour-Teilnehmer in Brüssel sowie in Mecklenburg-Vorpommern erworben hatten. Im Ergebnis fließt nun eine Spende von 1500 Euro in die Sanierung der Kirche. Die Fahrradtour, organisiert vom Informationsbüro des Landes Mecklenburg-Vorpommern bei der EU in Brüssel, sollte vor allem Schülerinnen und Schüler auf Europa und die Europäische Union neugierig machen und hatte deshalb an verschiedenen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern Zwischenstopps eingelegt.

Der Journalist Dr. Michael Preisinger (l.) und der Vorsitzende Helge Stahn sprachen bei einem Besuch im Schweriner Schloss mit Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und Vizepräsidentin Renate Holznagel über die Arbeit des Landesverbandes M-V des Reservistenverbandes. Anstehende Projekte des Verbandes kamen ebenso zur Sprache wie die Situation der Soldatinnen und Soldaten bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr.



Foto: Stefan Janssen

Am 5. Mai statteten die Teilnehmer des Lehrgangs Generalstabs-/Admiralstabsdienst mit internationaler Beteiligung der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg im Rahmen der mittlerweile traditionellen Informationsfahrt nach Schwerin auch dem

Landtag einen Besuch ab. Hans Kreher, 3. Vizepräsident des Landtages (7.v.r.), begrüßte die Gäste und informierte insbesondere über die Geschichte der Landeshauptstadt Schwerin sowie des Schweriner Schlosses.